

Städter Volksbote.

Organ für die Interessen der verantwortigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 326 |

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Fernsprecher Nr. 925

Der „Städter Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich 15 Pf., monatlich 50 Pf., — Zeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierseitige Seite oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Fällster für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 241.

Sonntag, den 14. Oktober 1905.

12. Jahrg.

Bürgerschaftswähler! Seht die Wählerlisten ein!

Der Stadtkreis in der Schule.

O. R. In Leipzig hat sich vor kurzem ein dreizehnjähriger Knabe über Stock hoch aus dem Fenster geflüchtet, weil er die Schule geweckt hatte und sich vor Strafe fürchtete. In Halle verbrachten zwei Kinder das Schulhaus anzuhören, damit sie der Plage des ferneren Schulschulbesuches entzogen seien. In einem dritten Orte hängte sich ein sonst ganz ruhiger Junge, als die gruseln Schülerinnen zu Ende gingen, und in einem vierten sind zu wiederholten Malen Kinder den Behauptungen der Eltern entflohen und haben sich in Wäldern und Gärten des Lebens untergezogen, nur um nicht am Schulunterricht teilnehmen zu müssen. Jährnus, jährlein verzeichneten die Tageszeitungen zu hunderten solche und ähnliche Fälle. Es ist kein Geist allein der geplagten, geängstigten, gebeuteten Kinder selbst die Furcht vor der Schule. Die Schule, die den jungen Menschen soviel Wärme, Licht und milden Ton, ein Drell der Lebenskraft und ein Horn des Freudes voll Liebe, Heiterkeit, Poesie und Glück sein sollte, die Schule, deren Schönheit und Pflege die Nation ihr Liebtestes und Leuchtendes übergibt, doch es geschieht und gehäuft, geplagt und gefordert, mit dem Erhabensten beglückt, zum Höchsten geleitet werde, — sie ängstigt die kleinen während der Länge und schreckt sie in den Nächten, sie bereitet ihnen Pran und macht ihr junges Leben zu einem Marthrum, sie wirkt dualis, schwere Schatten über das Land der Freude und nicht unter den ansteigenden Geisen furchtbare Verwüstungen an.

Welche Kinder sind es denn, die von der Furcht vor der Schule am meisten geprägt werden? Die jungen Proleten, die, früh ins Arbeitsjoch gespannt und aufgebeutet, von Abspannung und Müdigkeit beim Unterricht nicht zu folgen vermögen, vom ungeschickten und unverständigen Pädagogen dasfüt gestoßen werden, bis sie schließlich davonlaufen; die Schwachgeäderte, die trock Fleisch und Schulzettel nicht vorwärts kommen können, schon zugelang vorher zitternd vor den unausbleiblichen Misshandlungen und Ermahnungen, die ihnen der Schulbetrieb bringt, bringen muß; die feinkost Verzögerten, die löslich Verzöglungen, die von der Natur siegsmüttlich Gedachten, die im Unterricht mit den Gesunden, Normalen nicht Schritt zu halten imstande sind, ohne bei den Lehrern immer die Wilderungsgründe zu finden, aus die sie Anspruch hätten; die ganz selbständigen Naturen jedoch, die sich in das Prototypus einer faullosen Methode nicht zwängen lassen wollen und infolgedessen aus den Konsilien mit Gewaltanwendungen und Schulbürokraten nicht herauskommen; schließlich jene bebauernswerten Opfer des Schulbetriebs, aus denen alle Selbstachtung und menschliche Würde herausgeprügelt ist und deren striemabbedeckter Körper ein heiliges Dokument bildet für die Fortschritte und Entwicklungshöhe unserer vielgepreisten christlich-humanen Pädagogik im 20. Jahrhundert, das man das Jahrhundert des Kindes genannt hat.

Es ist ganz unglaublich, was in unseren Volksschulen noch geprägt wird. Der europäische Barbarismus, wie der Amerikaner die bei uns übliche Art der Schulzucht verächtlich nennt, ist den meisten Lehrern eine elementare Selbstverständlichkeit ihres Berufes. In der Volksschule ist ein erfolgreiches Unterricht ohne Prügel nicht denbar — das ist die Wirkung die sie auf dem Seminar erhalten, die in ihren Konferenzen ständig wiederholt wird, die in ihrer Presse immer wieder durchschlägt und in der sie von den Schulbehörden fortgesetzt bestätigt werden. War sind Schläge unpädagogisch, sie führen den Menschen zur Feigheit, Unterwürfigkeit, Willens- und Charakterlosigkeit, rufen niedrige Triebe und Instinkte in ihm wach und erlösen Scham, Ehrgefühl, Wahrhaftigkeit und Selbstvertrauen; ja der Schlag vernichtet etwas Gutes, Reines, Edles im Menschenmutter. Aber eben deshalb, weil unsre herrschenden Klassen dies wissen und weil sie willenslose, feige, unselfständige Proleten am besten als Ausbeutungsobjekte, Sklaven und Arbeitstiere gebrauchen können, sorgen sie dafür, daß der Stock aus der Volksschule nicht verschwindet. In den mittleren Schulen, wo die Unterrichtsjahre des Wirtschaftslebens, die Aufpasser und Antreiber des Unterrichts ihre Ausbildung erhalten, sind Schläge schon sel tener. Und in den höheren Schulen gar, wo die zur Herrschaft bestimmten Bourgeoisiehöchsten zu „Herrennaturen“ erzogen werden sollen, ist die Prügelstrafe überhaupt ein unbekannter Begriff. Dagegen in der Volksschule gehört die körperliche Züchtigung, ja man kann beinahe sagen die körperliche Misshandlung zu den ständigen Erziehungsgerichten.

Das deutsche Reichsgericht erkennt das Züchtigungsrecht des Volksschullehrers als nach den einzelnen Landesgesetzen gebürgt zu Recht bestehend an. Der Lehrer darf züchtigen

und ist wegen vorsätzlicher Körperverletzung nur dann strafbar, wenn er vorsätzlich sein Recht missbraucht oder absichtlich die Grenzen einer erlaubten Züchtigung überschreitet. Die zulässige Körperschule ist gleichwohl auch nur als allerlettetes Instrument im Falle des Versagens aller übrigen geachtet; in der Regel ist freilich nicht der Stock durchaus nicht die Rolle der ultima ratio sondern ist vielmehr der befehlige, neueste Begleiter und Schlüsse des deutlichen Durchschlagsinstrumentes, der in der Vorstellung des Volkes umgestellt gar nicht anders als befürchtungsvoll und lächerlich erscheint und als eine lächerliche Figur, über die sowieso jeder mehr oder weniger verächtliche Worte reihen zu küssen glaubt, durch die Tradition der Volksbildung geprägt.

Sehen wir uns die einschlägigen Gesetzesbestimmungen der einzelnen Bundesstaaten an. In Anhalt sagt ein Erlass vom 22. Februar 1875, in dem die Zulässigkeit der Lehrer und Schulbehörden zur Anwendung der körperlichen Züchtigung anerkannt wird, u. a.: 1. Die körperliche Züchtigung kann erledigen, wo ein Schüler Zügelknödel, Stock, Bügeleisenhaftigkeit, unverhältnismäßige Lang zur Schulzeit und solche Willkür und Stolze Stumpfheit befindet, daß andere Disziplinarmittel sich als frustos erweisen. In solchen Fällen können mit Zustimmung des Oberschulinspektors auch Handlungen des Schülers außerhalb der Schule mit der genannten Strafe belegt werden, besonders dann, wo die Vermutung Grund hat, daß die Eltern solche Vergnügungen nicht gehabt haben. 2. Mädchen gegenüber ist die körperliche Züchtigung nur im äußersten Falle anzuwenden. 3. Die körperliche Züchtigung soll nur mittels eines dünnen Rohstocks erfolgen, weiter für den einzelnen Fall immer erst hergeholt wird, sooft aber weder in der Hand des Lehrers sich befinden, noch offen dallagen soll. 4. Alles andere Schlagen ist untersagt. 5. Geschlechtes Einschreiten hat der Lehrer dann zu erwarten, wenn die körperliche Züchtigung in Misshandlung ausgetüftelt oder der Gesundheit des Kindes schadet; die Dienststelle wird da nicht einschreiten, wo die Züchtigung aus pädagogischen Gründen unbedingt wäre.

In Baden ist nach einer Ministerial-Verordnung vom 23. April 1869 körperliche Züchtigung nur bei beharrlichem böswilligem Widerstand mit der Faust auf die Hand zulässig. Die überwiegende Mehrheit der zu den Bestrafungen des Gesetzenwesens über die Schulstrafen zugewiesenen Schulmänner verzerrt die Auffassung, daß die körperliche Züchtigung nicht vollständig entbehrt werden kann.

In Bayern ist nach dem Ministerial-Erlass vom 30. Juni 1857 der Lehrer, nach Bevollmächtigung seitens des Volkschulinspektors berechtigt, die körperliche Züchtigung anzuwenden. In Niedersachsen können die Volkschulinspektoren Lehrer, die sie ihre Verantwortung für würdig halten, zur Anwendung zulässiger körperlicher Züchtigung ein für allemal oder für bestimmte Fälle oder bis zu einem bestimmten Maße ermächtigen. In Unterfranken ist zur Anwendung der Prügelstrafe die Zustimmung der Volkschulinspektions ausnahmslos erforderlich. Zur Vollzübung ist eine Faust oder ein dünnes Stückchen vorgeschrieben. Alle sonstigen Züchtigungen sind verboten.

Für Bremen schreibt eine Verordnung vom 21. März 1879 vor: 1) Dem Lehrer bleibt gestattet, zum Zwecke sofortiger Unterdrückung von Ungehorsamkeiten, Widerleglichkeit und Stock dem Schüler einen mäßigen Stockstreit mit der Hand zu erteilen. 2) Die körperliche Züchtigung soll bei Kindern vor vollendetem achten Jahre gar nicht, bei älteren Schülern nur dann angewendet werden, wenn andere geeignete Strafen nichts vermögen. 3) Die körperliche Züchtigung bedarf der vorgängigen Genehmigung des Schulvorstellers, dessen Anordnung ins Klassenbuch einzutragen ist. 4) Die Strafe ist nie vor versammelter Klasse zu vollstrecken. 5) Alle anderen Züchtigungen sind untersagt.

In Hamburg bestimmt ein Regulativ vom 11. Jan. 1881, daß Prügelstrafe angewendet werden darf bei hartnäckigem Lügen, frecher Widerleglichkeit, beharrlichem Ungehorsam, Ausbrüchen sittlicher Roheit, groben Unstreich wiederholtem Schulentlaufen, Schwanzlosigkeit u. dergl. Vollzogen wird die Strafe mit einem von der Behörde den einzelnen Schulen zugestellten Rohstock, und zwar stets auf den Rücken oder auf das Gesäß. Der Rohstock ist im Klassenzimmer unter Verschluß des Hauptlehrers zu bewahren und in jedem einzelnen Falle von diesem ausschließlich zu verlangen. Sobe körperliche Züchtigung ist bei Knaben unter acht Jahren, sowie bei kränklichen oder schwächeren Kindern, bei Mädchen überhaupt ausgeschlossen. Die Strafe darf erst nach bearbeitetem Unterricht in Gegenwart des Hauptlehrers oder eines anderen Lehrers vollstreckt werden. Namitbar darf

in ein dazu bestimmtes Buch ein Protokoll einzutragen, das gesetzte Angaben enthält über Namen des Schülers und der beteiligten Lehrer, Datum, Gründe der Züchtigung, Zahl der Schläge etc. Die Prügelstrafe darf an einem Schultage nur einmal an denselben Schüler vollzogen werden. Zur Anwendung einer empfindlicheren Züchtigung ist die Genehmigung des Hauptlehrers einzuholen und im Falle der Entfernung eines besonderer Vertreter in das oben erwähnte Buch einzutragen.

In Hessen will ein Ministerial-Erlass vom 31. März 1876 die Prügelstrafe nur dann angewendet wissen, wenn sie alle anderen Schulstrafen als unzureichend erweisen, besonders in Fällen hartnäckiger, frecher Lüge, grober Wilderleglichkeit, offenkundigen Trots oder bei Böswilligkeit, Trügheit, Misshandlung jüngerer Kinder, Draufgäterei, Beschädigung von Bäumen und öffentlichen Denkmälern, wissentlichem Diebstahl. Als ZüchtigungsInstrument ist nur ein dünnes Stückchen zulässig, das sich während des Unterrichts nicht in der Hand des Lehrers befinden soll. Da Kopf oder Gesäß, auf Rücken oder Hände darf nicht geschlagen werden, auch ist Boxen an den Ohren, Rauen an den Händen, Schlagen oder Stoßen mit der Hand oder Faust zu vermeiden. Die Vermutung, daß Mädchen und die Knaben der ersten zwei Zeppengänge überhaupt nicht gezüchtigt werden sollten, ist vor ein paar Jahren — Zeitalter der Humanität! — aufgehoben worden.

Für Südbad ordnet eine Verfügung vom 9. Juni 1876 an, daß Prügelstrafe bei Mädchen und schwächeren Knaben niemals angewendet werden darf. Sonst ist sie nur gestattet bei hartnäckigem Lügen, frecher Widerleglichkeit, Roheit und grober Unwilligkeit oder wenn alle anderen Zuchtmittel ohne Erfolg angewendet werden sind. Vor jeder Vollstreckung der Prügelstrafe ist dem Vater der Schule davon Anzeige zu machen.

In Oldenburg ist Prügelstrafe bei denselben Vergehen und Nutzenden der Schüler wie oben gestattet. Dort verlangt eine Verfügung vom 31. Januar 1883, daß Mädchen, sowie schwächer und unter acht Jahre alte Knaben von der körperlichen Züchtigung befreit sein sollen.

In Preußen gilt als Norm, daß Züchtigungen, die in den der Schulzucht gelegten Schranken verbleiben, gegen die Lehre nicht als strohbar Misshandlungen behandelt werden. Bekannt ist, daß der Soßelche gegen die Schulprägerie gerichtete Schulstrafe — nicht zum leichten mit Erfolg der heftigen Oppositio aus Lehrerseiten — zurückgezogen werden mußte.

In Elsaß-Lothringen ist nach dem Erlass vom 19. April 1872 die körperliche Züchtigung der Schülertuden den Lehrern verboten. Der einzige deutsche Landesteil, der über diese vernünftige Bestimmung verfügt.

Im Königreich Sachsen, dem Land der Schulen, ist laut Verordnung vom 25. August 1874 (§ 47, zu § 22 des Schulgesetzes) nach mehrfach freudlos gebürgter Anwendung der vorgeschriebenen Sträfmittel über bei frecher Widerleglichkeit und grober Unwilligkeit eine „mäßige Züchtigung“ gestattet.

Für Sachsen-Weimar sieht eine Verordnung vom 20. März 1875 die Prügelstrafe bei hartnäckiger Lüge, Widerleglichkeit, mutwilliger Misshandlung schwächerer Kinder, Draufgäterei, Baumstiel und Diebstahl vor, jedoch nicht für Mädchen und für Knaben während der ersten beiden Schuljahre. Auch hat die Vollstreckung am Schluss des Unterrichts zu erfolgen.

Ausnahmsweise soll die Prügelstrafe nach dem Schulgesetz vom 27. Oktober 1874 in Coburg-Gotha zur Anwendung gelangen.

In Schwarzburg-Rudolstadt deckt sich die diesbezügliche Bestimmung mit der für das Königreich Sachsen.

In Württemberg darf laut Verordnung vom 22. Mai 1880 geübt werden bei beharrlichem Unstreich, Widerleglichkeit, Roheit, Impfleid, Körperhaftigkeit etc., doch sollen Mädchen von körperlicher Züchtigung „höflich“ verschont bleiben. Es wird in leichteren Fällen mit einem dünnen Stückchen auf die innere Handfläche, in schweren auf das Gesäß geschlagen. Sobe verbürgte körperliche Züchtigung, wozu nur definitiv angefeste Lehrer berechtigt sein sollen, ist unter Angabe der wesentlichen Tatumsände zu protokoll zu nehmen.

So haben wir überall im deutschen Reich im Norden wie Süden, Osten wie Westen, die Herrschaft des Falles in der Schule. Auf dem Papier sehen die Bestimmungen der Schulbehörden, von wie grober Widerleglichkeit, Körperhaftigkeit und manchmal erheblicher Durchbildung sie an sich zu zeigen mögen, noch rosig aus gegenüber den Beständen in

der reellen Wirklichkeit des Lebens in der Schule. Es wird wirklich hohe Zeit, daß endlich mit der Schulpolitik aufgeräumt wird, denn sie ist eine Schmach nicht nur für unsere Schule, nein für unsere ganze Zeit und unsere gesamte Kultur.

Wahlkämpfe und Freiheit.

Deutschland.

Die Wahlkämpfe in Katowic-Babitz sind gestern geschehen worden. Dieselbe hat nach dem bis jetzt vorliegenden Meldungen das unerwartete Resultat gezeigt, daß der Pol. Korfantz gleich im ersten Wahlgange gewählt ist. Das Stimmenverhältnis steht sich wie folgt: Korfantz (Pol.) 23 200, Kupiha (S) 8841, Morawski (SD) 4770 und Boly (Lib.) 7677 Stimmen. 1903 erhielten Ethamin: Zentrum 19 992, Pol. 11 670, Sozialdemokrat 10 044 und Freisinniger 3033. Da bei Stichwahl siegte dann der Pol. mit sozialdemokratischer Hilfe. Das jetzige Resultat ist für uns insfern ein überraschendes, als in diesem allerdings unverzerrten Kreise die Sozialdemokratie über 5000 Stimmen verloren haben soll, während die Stimmenzahl der Polen sich verdoppelt hat. Sollten die vorstehend angeführten Biffen zutreffend sein, dann kann man dieses Wahlergebnis nur als einen flammenden Protest gegen die sozialistische Polenpolitik der deutschen resp. preußischen Regierung aussassen. Damit erklärt sich jedoch unser kolossaler Stimmenüberschlag nicht; dieser beweist uns vielmehr, daß die Wähler, welche sowohl 1898 — es waren damals 9829 gegen nur 646 im Jahre 1893 — wie auch 1903 der Sozialdemokratie Gefolgschaft leisteten, zur Hälfte nicht als Sozialdemokraten gelten konnten. Denn ein Sozialdemokrat durfte selbst unter den obwaltenden Umständen nicht dem polnischen Kandidaten seine Stimme geben, der die Sozialdemokratie für die Fleißnot verantwortlich gemacht hat. Doch genug für heute! Es wird sich zweifellos noch Gelegenheit genug finden, um das Wahlergebnis im "oberschlesischen Eben" — wie man diesen Kreis stärker darin hinstreute wegen nemus — einer eingehenden kritischen Würdigung zu unterziehen.

Der Zukunftskampf ist nahe! Die "Allgemeine evang.-luther. Kirchenzeitg." sieht ihn kommen. Und das "heilige staatserhaltende" Kapital bringt ihn. Das schwame Blatt ist der Reimung, daß die Zusammenstellung des Großkönigels und der fristende Einzug der Stadtteil und Kreis nur geradewegs in den Zustand ist, der hinzuführt. Es schreibt: "Wie nahe wir dem Zukunftskampf kommen, haben von neuem die Verhandlungen des Bezirks für Sozialpolitik in diesem Jahre erwiesen, daß einen sichtbaren Fortschritt des Prof. Dr. Schmoller über das Thüringentum in Deutschland brachte. Nach Schmoller sind die Erzbischöfe von Koblenz und Köln die wahren Pioniere des sozialistischen Zukunftstaates. Alles Kapital sollt sich zusammen, die Einzelheiten werden ausgetragen; sie gehen nicht weiter, aber sie sind getragen. Was gegen diesen ungeheuren Prozeß, der einer gewaltigen imperialistischen Macht das Differenz und Haushaltssubjekt der Preise gefügt, zu machen sei, weiß schließlich Professor Schmoller ebenfalls, wie die amerikanischen Gelehrten mit ihren vielen Antitrustprojekten. Er schlägt eine Art Staatsantritt vor. Eine gewisse Zahl der Aufsichtsräte soll aus Vertretern des Landes der Regierung bestehen. Aber was soll das nützen? Sie würden eine höhere finanzielle Rolle spielen und nicht einmal den etwas wichtigen Einfluß des Schmoller entzweit mit großen Hoffnungen begrüßter Staatskanzlerius der Ecke erlangen. Das einzige willkommene, allerdings sehr radikale Mittel heißt: Bezeichnung eines Sohnes im Produktionszweig für Subsistenz, zeigt er, daß er dafür reißt. So leicht wird das nicht sein, wie es oft bei den Oberbauten. Aber wenn man den Schmoller einen Appell auslegen will, so geht es nur auf diese Weise. Unmöglich ist die Sache nicht. Noch in jüngster Zeit mußte die Südpfaffenstein denken glauben, zu Gunsten eines einzigen Kleinunternehmens unter Staatsantritt eingespielt zu werden. Und jetzt es so weiter wie bisher, dann ist für Koblenz und Köln recht, was für Sachsen billig war." — Kapitalistische Organe schreien über diese Aussagen. Sie sollten das Lachen, denn in der Kapitaliste hat das heilige Blatt völlig recht: die Kapitalisierung konzentriert führt zum kommunistischen Sozialismus, wenn auch vielleicht erst auf dem Umweg über den Staatskapitalismus.

Ablösung vor. Der "Deutsche Tagesschau" wird von einem kolonialen Richterführer folgerichtig geweiht: Der Gouverneur v. Lubia ist abgetreten und an den Gouverneur v. Troitzsch ist eine Oder erkannt, daß er nach Ablösung des Gouverneurs im Staatsgebiet die Gesetzgebung an ihn überträgt. Dennoch regt sich der militärische Oberbefehl nach der offiziellen sozialistischen Geschäftshandlung, d. h. der Konservative Konzern ist den Söhnen des gemeinwohlfördernden Schmollerministers der Troppelei des Besatz. Über die Gründung eines neuen Kommunisten der Schmollertruppe mit dem Namen einer Brigadenkommandantur, die tatsächlich angesetzt wurde, ist noch nichts gesagt.

Der "Wall" Kiewerhaus. Der ist bald so schnell wie möglich entgangen. Denn die Konservative Partei überarbeitet den "Schmoller" einen Brief, in dem er dem General Borkowski, dem Brigadierten und dem sozialistischen Parteipräsidenten unseres Landes erklärte, für das Jahr, mit dem die kommunistische Sozialversicherung für seine Söhne, sowohl es für am einen politischen Gruppenpunkt organisierte habe. Kiewerhaus fand darüber den "Schmoller" eine Abseitung des Briefes, den er an den preußischen Minister des Innern gerichtet hat. Er schreibt:

"Ex Se. Eggersen des Minister des Innern

Seiner Exz. Deputier. vom Freitag, den 29. September, bin ich aus dem Strafantragsamt in Köln entlassen worden, wo ich 18 Tage verweilt habe. Se. Eggersen hat gewollt, damit seine Blätter zu erhalten und ich erhielt diese beiden wichtigen Dokumente. Aber es habe eine Blätter zu erhalten, die ich mit diesen Söhnen in der Praxis habe, denn Se. Eggersen dieser Seite keine solche Repräsentanz mehr hat.

Sie erhebe gegen das Polizeipräsidium in Köln Anklage wegen unangebrichter und ungerechter Freiheitsberaubung. —

Stelle die Frage, ob ein Staat den Anspruch erheben kann, sich einen Rechtsstaat zu nennen, wenn die Polizei willkürliche Maßnahmen treffen kann und darf, ohne beswegen von der Regierung bestraft zu werden.

Ich werde meine Aussage begründen.

Am 11. September bin ich in Köln verhaftet und in das Polizeigefängnis gebracht worden. Ich bin dort geblieben bis zum 22., ohne verhört zu werden, ohne zu wissen, warum und wofür ich verhaftet worden bin. Und das, obwohl das Gesetz jeden Gefangenen das Recht gibt, innerhalb 24 Stunden von dem Richter verhört zu werden. Als Ausländer war diese Bestimmung mir unbekannt. Über auf alle Fälle, wenn das Gesetz diese Bestimmung gebraucht vorstellt, wäre es bei bestätigt gewesen, mich innerhalb 24 Stunden dem Richter vorzuführen. Es Tage Freiheitsberaubung im Übergang zum Gesetz!

Man hat mich wie einen gemeinen Verbrecher in das Gefängnis gesleppt, in eine Zelle geschlossen und dort verwahrt, und das alles, weil ich, wie ich nach elf Tagen hörte, über die Grenze gegangen war, ohne dazu das Recht zu haben. Ich bin wegen Bauabschlags verfolgt worden, weil ich vor 15 Jahren aus Preußen ausgewiesen worden bin. Über die Rechtsfrage schweige ich, da die Auslegung des Gesetzes natürlich verschieden sein kann. Vor dem Schöffengericht erschienen, bin ich am Mittwoch, den 27. September, zu fünf Tagen verurteilt worden, aber die Richter erlaubten keine Strafe für verbüßt wegen der Zeit, welche ich schon im Gefängnis als Untersuchungsgesetzener gewesen war; ich wurde vom Richter entlassen.

Der Polizeipräsident scheint jedoch eine Versöhnlichkeit zu sein, die sich über die Gesetz stellt und die sich gar nicht kümmert um das Urteil der Richter. Er ist allmächtig. Das hat er in seinem Fall gezeigt. Denn steht mich zu entlassen, bin ich wiederum als Polizeigefangen zurückgeholter worden. Und wiederum geschah das gleiche. Ohne zu wissen, warum, blieb ich verhaftet, hat man mich festgehalten. Und um den Ganzen die Peine anzuschließen, hat man weder einen Brief von mir an den niederländischen Konsul in Köln, noch einen Brief an meinen Rechtsanwalt an ihre Adressen befördert. Wiederum ein Rechtsbruch, denn ich hatte das Recht, zu erwarten, daß meine Briefe direkt befördert werden sollten, wie das Gesetz es bestrebt. Mein Rechtsanwalt, Herr Schramm aus Köln, wußte also nichts von meiner neuen Verhaftung und lebte in der festen Überzeugung, daß ich sofort nach meiner Heimat zurückgekehrt wäre. Ich füge als Beilagen die Beweisstücke an, nämlich die zwei Briefe, die man glücklicherweise so unvorsichtig war, mir einzuhandigen. Se. Eggersen gerüsste dadurch die seltsame Gelegenheit, sich zu überzeugen, daß sich die Sache so verhält. Man hat mich wiederum ungefähr ins Gefängnis gestellt und dort behalten, bis die preußische Sr. Eggersen mich endlich entließ. Höflich wurden Se. Eggersen ohne Aufsehen der Person handeln; denn es gilt hier die Ehre Bremerhafen auch dem Auslande gegenüber. Wo der Boden des Rechtsstaates verloren ist, da herrscht Willkür und Tyrannie. Was würde Se. Eggersen dazu sagen, wenn ein Deutscher im Auslande so behandelt würde, wie ich in Köln?

Sie erhebe gegen den Polizeipräsidenten die Anklage des Antikapitalismus und gebe mich der Hoffnung hin, daß solche Dinge niemals wieder kommen werden.

Und ich fordere weiter von der Regierung einen Schiedsgericht für meine Freiheitsberaubung während so vieler Tage. Selbst wenn Se. Eggersen sich dazu entschließen sollte, wie es Recht ist und wie ich erwarten darf, so bleibt das Urteil dennoch bestehen, es wäre nur ein schwaches Urteil von Ihrer Seite, das gut zu machen, was ein Beamter, der seine Pflichtbefugnisse überprüft und seine Rechte missbraucht, über getan hat.

Ich werde also sehen, ob das Rechtsgefühl Sr. Eggersen stärker ist, als die Macht eines Polizeipräsidenten, dessen Willkür eine Gefahr ist für alle Staatsbürger aller Länder und eine Sämas für Preußen.

Ergebnis:

J. Domela Nieuwenhuis,
Niederländischer Staatsbürger.

Hilversum, Holland, 2. Oktober 1905.

Domela wird sich hoffentlich seinen Illustrationen über die Wirkung jener berüchtigten Schriftwerke hingeben. Sich über den Text der Schrift zu beschweren, so da ist der oberste der Polizeipräsidiumen, das hat noch nie viel genutzt.

Ja darüber fand übrigens am Sonnabend abend eine Protestkundgebung gegen die Verhafung Nieuwenhuis statt. Nieuwenhuis wohnte der Versammlung. Der protestantische Pfarrer Schermerhorn gab seiner Ulezustimmtheit darüber Ausdruck, daß die deutsche Arbeiterschaft keinen Proletat gegen die Brüderstellung eingesetzt hat!! Der gute Pfarrer hat wohl gespäten.

Auch eine "Wahlreform". Die geltend von uns ist, registrierten Wähler, nach denen im preußischen Wahlkreis des Jassern an einer Neuordnung der Landtagswahlreihe gearbeitet wird, bestätigen sich. Die "Ratiocig" berichtet darüber: "Die Ratsliste zum Wahlgesetz sieht sich nun in sehr engen Grenzen zu bewegen. Eine Erweiterung der gewählten Unterschiede in der Wahlkreisgrößen, die sich im Laufe eines halben Jahrhunderts ergeben haben, ist überzeugend nicht bestätigt. Entsprechend einer Veränderung im Verhältnis der drei Städte unterscheidet. Es soll sich langsam daraus handeln, die jetzigen ertragreichen gewählten Wahlkreise in eingeschränkten Wahlkreisen, so unmittelbar in Charlottenburg-Lichtenfelde-Dorfland, Cöln-Düsseldorf, Breslau und Berlin sowie zu verschaffen, daß sie gerade noch erträglich werden. Das wird also, mit anderen Worten, eine Erweiterung der jetzigen Wahlkreise voraussetzen, in denen der Wahlsitz bei den Abgeordnetenwahl von 1903 auf ganz Deutschland bis in die tiefe Nacht hinein besteht. Bei der Erlegung in schlechte Wahlkreise scheint eine gewisse Verzerrung der Abgeordnetenmandate mit bestätigt zu sein, wobei man aber das Wort „gegige“ möglicherweise unterschreiten hat. Vermutlich werden also die großen Wahlkreise Bremen, Cöln, Breslau und Berlin mit jetzt drei Abgeordneten je zwei Kreise mit je zwei Abgeordneten je zwei Kreisen mit drei Abgeordneten mit vier Abgeordneten werden vielleicht „sogar“ zwei Wahlkreise mit je zwei Abgeordneten. Das würden also alles in allem etwa acht, höchstens zehn neue Mandate werden. Dieses „Kreuz“ hat sich beim Auslaufen der ersten Nachkriege über eine solche neue Wahlkreiserteilung etwas beunruhigt; sie schien zu fürchten, daß zu ungünstigen Nebengewichten, daß die offiziellen ländlichen Wahlkreise mit ihrer vorzüglichen sozialen Vertretung bestimmt, eine weinende Verziehung nach den städtischen und industriellen Siedlungen erfolgen werde. Nun wird das hochconservative Organ wohl berechnet sein, zumindest das „heilige“ Bildnis für das allergrößte Wahlkreis den Zweck deutlich erkennen läßt. Es soll dann einer wirklichen Reform wieder er längere Dauer ausgewichen werden." — Die letzten Sätze könnten den Wahlschein ertragen, als ob nun die nationalliberale Partei für eine „wirkliche Reform“ das Land aus allen Wahlkreisen wieder herausnehmen möchte. Das ist natürlich durchaus nicht der Fall. Die Nationalliberalen, die im Hintergrund ebenfalls einen irgendwie ernst zu nehmenden Versuch gemacht, gegen die Schmach des Druckfestsystems anzutreten.

Was ist als Richter und schweres Not? Die "Deutsche Tagesschau" meldet: "In Ankündigung an unsere Mittlung, daß es zuerst zweifelhaft geworden sei, ob der Gouverneur G. G. Götz sein Nachfolger des Kolonialdirektors Dr. Stübel werden solle, wird uns mitgeteilt, daß zum Direktor des Kolonialamtes der Abgeordnete Dr. Baasche angesetzt sei. Sicherlich taucht dieses Gericht schon früher auf. Wir haben eine derartige Einschätzung damals für unmöglich gehalten und sind heute noch bei Meinung. Der Abgeordnete Dr. Baasche mag auf manchen Gebieten recht tüchtig sein, aber das Heug zu einem Kolonialdirektor in Perjekigen ungewöhnlich zu wollen. Man würde, wenn er wirklich in dieses Amt berufen werden sollte — wie wir schon einmal sagten —, lediglich eine zweite, aber nicht verbesserte Aussage der "Aera Buchta" erleben." — Die "Deutsche Tagesschau" will also vom „heiligen“ Baasche nichts wissen. Das wird den Heiligen sie trüben. Es hat es doch an agrarfürdlicher Haltung nicht lassen lassen und noch weniger an "Begierigkeit" für kolonialpatriotische Unterlagen.

Der preußische Justizminister Schönstedt soll nun endlich gehen. Schade! Man hat sich so an ihn gewöhnt, ihn, die lebende Rechtskunst des rumänisierten Rechts in Preußen. Deutschland, unmittelbar als Repräsentanten des ganzen Justizwesens zu empfinden!

Die bayerische Wahlreform. Ja der bayrischen Kammer verteidigte gestern Abg. Müller-Meinigen die liberalen Anträge und forderte das Ministerium, daß es anstatt selbst ein Wahlrecht mit der Proportionalwahl vorzuschlagen, dem Zentrum die Initiative überlassen habe. Auch eine Reform des Reichsrats sei notwendig. Die Städte, sowie Handel und Industrie müßten vertreten sein. Die Liberalen müßten unbedingt an der geforderten absoluten Mehrheit an Stelle der relativen festhalten. Der Redner schloß mit einem warmen Appell, daß noch ein Kompromiß zu finden kommen möge, denn auch der Reichsrat bestimmen könnte. Verno (S.) erklärte, daß seine Partei von den Ausführungen der Regierung nicht bestreitet sei. Die letzte Wahlkreiserteilung entspreche nicht den Grundzügen des Rechts und der Gerechtigkeit. Auch in vielen Einzelheiten bei der Bildung der Urwahlbezirke und bei der Durchführung der Wahlen liege eine Verkrüppelung der Rechte der Wähler und eine Vergrämung der Liberalen. Das Zentrum wolle lediglich ein gerechtes Wahlrecht; die Einführung der Proportionalwahl sei nicht möglich. Dazu würde auch der Wahlzwang und anderes kommen müssen. Nebenbei rüttet Ivenans an die Regierung die dringende Bitte, daß sie den Zentrumsvortrag, welcher der letzten Regierungsvorlage entspreche, auch jetzt unterstützen. — v. Döllmar sagte, die Sozialdemokratie sei durch die ablehnende Haltung der Liberalen gegenüber dem Wahlrecht in ein Wahlverbündnis mit dem Zentrum hineingezogen worden. Die Regierung sei bei der Wahlkreiserteilung nicht objektiv vorgegangen, um so dringender sei die gesetzliche Festlegung.

Im goldenen Turmkopf des Rathauses zu Leipzig, das dieser Tage mit großem Pomp und unter Verwendung von 50 000 M. eingeweiht wurde, befindet sich neben anderen Dokumenten eins, das die Väter dieser schönen Stadt wenig anstrengen dürften. Es lautet: "Zum ersten Male seit der Wiederaufrichtung des deutschen Reiches ist bei der Reichstagswahl am 25. Juni 1903 der Wahlkreis Leipzig-Stadt bei den bürgerlichen Parteien entschieden worden."

Der "Vorwärts", dem die Mittlung über diese Urkunde zugegangen ist, bemerkt ganz richtig: Das ist das beste am neuen Leipziger Rathaus, denn diese Urkunde wird ein dauernder Beweis für die wahre Stimmung der Bevölkerung sein, auch wenn der Glanz alter Feierlichkeiten längst verloren ist.

Obstruktion im Münchener Gemeindeloggium. Nachdem bereits am 28. September die Wahl zweier Richter statt im Münchener Gemeindeloggium wegen Fehlbleibens der Mitglieder der Zentrumspartei ergebnislos verlaufen war, blieb auch die gestrige Wahl wiederum erfolglos, da der größte Teil der Zentrumsmitglieder fehlte und deshalb die notwendige Zweidrittelmeiheit nicht erreicht wurde. Nach labhabter Debatte beschloß die überwiegende Mehrheit, die fehlenden Mitglieder in eine Strafe von 30 M. zu verurteilen.

Ein Sieg der südwestfälischen Aufständischen? Reuter meldet aus Kappstadt: Nach einem offiziellen Telegramm aus Uplington am die Kapregierung haben die Händler Morenga und Morris das Jerusalämlager zwischen Wermbad und Seuldrift nach heftigem Kampf erobert. Lieutenant Turman, fünf Männer und ein Farmer wurden getötet, acht Männer verwundet. Die Holländer hatten keinen Verlust und eroberten alle Borräte. Mehrere Deutsche, die gefangen und entwaffnet wurden, lebten zum General v. Etroth mit einem Brief von Morenga zurück, in dem dieser erklärt, die Holländer seien jetzt die offensive übernehmen und würden bis aufs äußerste kämpfen. Zwei Leudebachers wurden gefangen und ihnen die Waffen weggenommen. Die Garnison von 15 Mann zu Kappstadt verbrannte, als sie hörte, daß Morenga in der

Nähe sei, ihre Voräte und ging nach Denkendorf. 80 Transvaaler kamen durch Kapstadt auf dem Wege nach Haarlem, um bewaffnet zu werden. Vater Tobolsky wurde verhaftet und mit Handschellen nach Keetmanshoop gebracht, weil er nicht mit Morenga verhandeln konnte. Die Garnison zu Ulass wurde durch 900 Mann und eine Batterie verstärkt. — Die Richtigkeit dieser Meldung muß erz bestätigt werden, deshalb ist es gut, wenn man sich vorläufig jeden Kommentars über diesen „Fall“ enthtält.

Kleine politische Nachrichten. Der Bundesrat überwies in seiner gestrigen Sitzung den Gesetzentwurf wegen Aufhebung des Gesetzes über die eingetriebenen Hülfsklassen den zuständigen Ausschüssen. — Der Führer der Opposition im englischen Oberhause, Earl of Spencer, erlitt Mittwoch einen Schlaganfall und hat bis gestern das Bewußtsein noch nicht wiedererlangt.

Norwegen.

Die Eröffnung des Stortingss haud vorgestern in Christiania in feierlicher Weise statt. Staatsminister Melhelsen hielt namens der norwegischen Regierung eine Rede, in der er erklärte, daß nun zuvertrautretende Störung werde in einer Linie freie Klassekampf auf die Arbeit zur Errichtung und Konsolidierung des neuen Norwegens zu lenken haben, indem sie die Beschlüsse fassen, welche dasselbe voraussetzt und notwendig macht. Noch wagen mich jetzt offiziell in die Reihe der absolut unabkömmligen Staaten einzutreten und seine diplomatische und koloniale Vertretung zu ordnen haben. Ja Übereinkunft hiermit wird dem Storting ein Gesetzentwurf zur endgültigen Regelung des Haushaltswesens vorgelegt werden. Aber auch noch innen liegen große und wichtige Ausgaben zur Förderung der geistigen und materiellen Entwicklung des Landes und der nationalen Arbeit vor. Unsere Aufgabe muß es sein, auf allen Gebieten mit vereinten Kräften die Arbeit anzunehmen und fortzuführen, welche auch den kleinen Völkern Ansehen und Rang unter den Nationen gibt. — Von neuen Gesetzestwissen, welche dem Shorting vorgelegt werden sollen, werden gesagt: Das Steuergesetz, das Handelsgesetz und das Gesetz betr. die neue Heeresorganisation.

Rußland.

Auch in Polen führt man sich schon wieder. In den Buchfabriken Polens beginnt ein allgemeiner Aufstand. Sechs Fabriken haben die Arbeit eingestellt.

In Moskau sollen die Verherrungen der Buchdrucker bewilligt sein, sodass die Zeitungen wieder erscheinen können. Außer einigen kleineren Zusammenstößen zwischen Militär und Streikenden, bei denen angeblich niemand verletzt wurde, liegen hente keine Meldungen vor.

Über die Flucht Hohenhals, des Mörders des Prokuratoras Tschonos, wird aus Helsingfors telegraphiert: Ein Mitgefängner, welcher die Flucht beobachtete, berichtet darüber folgendes: Nachdem Hohenhal das Fenster gitter durchgeschlagen hatte, kletterte er mittels einer Strickleiter aus seinem im zweiten Stock gelegenen Zelle auf den Hof hinab und von da aus mit Hilfe einer von einem Hilfshelfer herbeigeschafften Holzleiter über die Gefängnismauer. Der Gefängniaufseher befand sich in dieser Zeit auf einem Rundgang auf der anderen Seite des Gebäudes. Auf dem Korridor vor Hohenhals Zelle war ständig ein Posten aufgestellt. Bis jetzt fehlt sowohl vor dem Flüchtling als auch von seinen Helfern jede Spur.

Über 800 Opfer. Nach einem Petersburger Telegramm hatten während der letzten Unruhen im Kaukasus die Armenier in Baku 185 Tote und Verwundete, die Tataren 650 Tote und Verwundete.

Frankreich.

Eine sozialdemokratischen Wahlsieg. Aus Paris wird der Magdeburger „Vollstimme“ geschrieben: Am Sonntag fand die Stichwahl im zweiten Wahlkreis des Departements Meurs statt. Das Resultat gestaltete sich folgendermaßen: Wahlberechtigt 14165. Abgegebene Stimmen 9462, hierzu entfielen auf den Sozialisten Roblin 6288 und auf den Progressiven d'Aloups 2896 Stimmen. Große Roblin ist somit mit einer Mehrheit von 3350 Stimmen gewählt. Der Wahlsieg ist von großer Bedeutung. Er ist eine ausgezeichnete Ehre für die Partei, indem er sie darauf hinweist, wo ihre Stärke liegt, und er ist auch ein beispielhaftes Vorbild für die allgemeinen Wahlen. Da diesem Wahlgangs hatte die Partei bisher überhaupt noch keinen Kandidaten aufgestellt und als der Sieg durch den Tod des bisherigen nationalistischen Deputierten erledigt war, sohat sich die Parteigenossen nach einem Kandidaten um. Ihre Wahl fiel auf den Dr. Broissier, der durch seine Tätigkeit als Generalrat (Provinzialabgeordneter) sich allgemeine Sympathien erworben hatte und als Sozialist gilt. Zum Glück war die Errichtung der Partei bereits vollzogen und die Parteigenossen erkannten selbstverständlich, daß Dr. Broissier öffentlich für auf das Programm der Partei verpflichtet und sich unter die Rostrolle der Parteidistribution des Kreises stellen soll. Das verwünschte der Genossen! Die Genossen mussten sich daher in letzter Stunde nach einem andern Kandidaten umsehen. Ihre Wahl fiel auf Roblin, einen noch jungen Mann von 27 Jahren, der aber unter seinem Berufsgenossen — Roblin ist Holzfäller —, die in dem Wahlkreis in einer Menge von 4000 organisiert sind, sich großer Beliebtheit wegen seiner agitatorischen Tüchtigkeit erfreut. Roblin ist auch Bürgermeister eines Dorfes in seinem Wahlkreis. Vor Eintritt in den Wahlkampf wurde zwischen den Wahlkamptees Roblins und Broissiers, der von den Radikal-Sozialisten aufgestellt wurde, vereinbart, daß im Fall einer Stichwahl derjenige der beiden Kandidaten, der die niedrigere Stimmenzahl erhält, für den anderen eintreten soll; ein Abkommen, das darauf abzielte, unter allen Umständen die Wahl eines Reaktionärs zu verhindern, und das Broissier erhalten hatte, zu verhindern, so weit, auf ihre eigene Kandidatur zu verzichten; sie erklärten sich bereit, für Broissier in der Stichwahl zu stimmen. Broissier lehnte aber strikt ab und trat in der Stichwahl für Roblin ein, der dank der Organisation der Partei denn auch gewählt wurde. Anerkannt muss aber auch die strikte Disziplin werden, die die radikalen Wähler hier eingehalten haben. Wenn die Radikale bei den Hauptwahlen im nächsten Jahr überall die gleiche Disziplin wahren, dann dürfte die Reaktion an die Wand gefegt werden, daß ihr Atem ausgeht. Für die Partei zeigt die Wahl, welchen Wert eine geschlossene, stark-

Organisation besitzt. Wäre die Einigung noch nicht vollzogen gewesen, dann hätten wir durch die Wahl Broissiers eine reiher zwanzig Figuren mehr, die die Partei so lange geschwächt haben und die nur bei der Einigung abgestoßen würden.

STREIK DER BAUGEWERBES.

Freitag, den 13. Oktober.

Der Zug von baugewerblichen Arbeitern nach Lübeck ist infolge großen Angebots von einheimischen Arbeitskräften vorläufig noch fernzuhalten.

Achtung, Büttnerer! Über den städtischen Wasserbauhafen wurde die Spur verhängt, weil die Befreiung es ablehnt, den tarifmäßigen Lohn zu bezahlen.

Hessischer Schlachthof. Im September 1905 wurden geschlachtet: Ochsen 28, Pferde 72, Kühe und Stiere 702, sette Kälber 331, mütterne Kälber 571, Lämmer 2, Ziegen 27, Schweine 2098 (2017 im September 1904), Schafe 722 (834 im September 1904), Pferde 83, zusammen also 4638 Tiere gegenüber 5710 im gleichen Monat des Vorjahres. Beanstandungen: Bei lebenden Tieren: Keine. Bei geschlachteten Tieren: 1. Ungeeignet zur menschlichen Nahrung befinden, mit Beischlag belegt und vernichtet: 1 Kuh wegen Blaueimie mit eitriger Lungenentzündung. 1 Schwein wegen Tuberkulose und wässriger Beschaffenheit des Fleisches, 1 Schaf wegen Blaueimie. 1 Kalb wegen Bauchfellentzündung mit vollständiger Abmagerung. 1 Kalb wegen Blaueimie. 2. Auf der Freibank wurden verkauft: 4 Kühe wegen Tuberkulose, 1 Kuh wegen Bauchfellentzündung, 1 Kuh wegen Abmagerung, 1 Kuh wegen Finnigkeit, 1 Jungfrind wegen Tuberkulose, 1 Schwein wegen Fäkalabflagerungen, 1/4 Kindfleisch wegen Tuberkulose, 2/4 Schweinefleisch wegen Tuberkulose. 3. Im Dampf-Dessinfektor wurden gefangen: 9 Schweine wegen Tuberkulose, 1 Schwein wegen Schweinepest, 1/4 Schweinefleisch wegen Tuberkulose, 1/4 Kindfleisch wegen Tuberkulose. 4. Dem Tiergarten zur Fütterung der Tiere überwiesen: 1 Kuh wegen eitriger Bauchfellentzündung, 1 nüchternes Kalb wegen Unreife. Bei den übrigen geschlachteten Tieren sind 1048 einzelne erkrankte Organe beschlagenahmt und unschädlich bereitigt worden. 1461/2 kg. Fleisch auswärts geschlagener Tiere wurden auf dem Schlachthof untersucht. Hiervom wurden beanstandet: 1 Kinderlunge wegen Fäulnis, 1 Kinderdarm wegen Fäulnis, 1 Kinderlunge wegen Tuberkulose, 1 Kinderdarm und -darm wegen wässriger Beschaffenheit des Fleisches. — Es wurden im Monat September 1905 Tiere weniger geschlachtet, als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Allein die Zahl der Schweinegeschlachtungen war in 1905 um 819 geringer wie im September 1904. Schafe wurden 112 weniger als in dem gleichen Monat des Vorjahres geschlachtet, ebenso 1450 Kälber. Dafür ist es allerdings die Zahl der geschlachteten Pferde von 64 auf 85. Die Zahl der Einwohner Lübecks ist gegen das Vorjahr um einige Tausend gestiegen, die Zahl der Schlachtungen um 1072 gestiegen; daraus ergibt sich ohne weiteres, daß der Fleischkonsum und damit die Volkernährung in erschreckendem Maße zurückgegangen ist. Es gibt keine Fleischnot! sagt Pod der Dicke, und das Mitglied der Lübecker Landwirtschaftskammer, Eggert, meint: „Was ist denn auch schließlich dabei, wenn täglich auf den Kopf der Bevölkerung ein halbes Pfund Fleisch weniger kommt; die Kartoffeln sind ja gut geraten!“ Durch den Hunger der Arbeiter füllen sich die Agrarier den Bauch — allerdings nicht mit Kartoffeln!

IV. Eine gut besuchte Brauereiarbeiter-Versammlung tagte am Sonntag den 8. Oktober im Vereinshaus. Nachdem der Kassenbericht vom 3. Quartal und der Kartellbericht gegeben war, referierte ein Kollege über „Wirtschaftliche Gewerkschaftsbewegung“. Eine recht lebhafte Debatte entpann sich beim nächsten Punkt: Angelegenheit der Adlerbrauerei. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Entgegen mündlicher Abschaltung, welche zwischen den vereinigten Brauereibesitzern von Lübeck und der Lohnfirma der Brauereiarbeiter getroffen war, hatte die Geschäftsführung genannter Brauerei für einen gelehrten einen ungelernten Arbeiter eingestellt. Hiermit hatten sich schon einige Versammlungen beschäftigt. Ein von Seiten des Vorstandes an den Geschäftsführer, Herrn Horstmann, gerichtetes Schreiben um Regelung dieser Ungelegenheit war fruchtlos geblieben; vielmehr verjüngte Herr Horstmann in einem Schreiben nebenstehende Gründe, welche sein Verhalten rechtfertigen sollten, anzugeben. Dieses gab Veranlassung zu einer scharfen Kritik, bei der unter anderem auch vorgebracht wurde, daß Herr Horstmann es vorzieht, mit billigen Kräften zu arbeiten. Er beschäftigte einen jugendlichen Arbeiter vom Lande für Tage und schreibe 8 Mt. pro Woche. Vor einigen Rednern wurde noch ausgesprochen, daß bis heute noch keine Regelung herbeigeführt sei, sondern alles seinen Gang weitergehe und Herr Horstmann, unbekümmert der Abmachungen, nach seinem Gubkunen meiterverschafft. Nachdem das Verhalten dieses Herrn gebührend gekennzeichnet war, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute im Vereinshaus tagende Brauereiarbeiterversammlung nimmt Kenntnis von dem Antwortschreiben des Herrn Horstmann und verurteilt aufs schärfste dessen minderächtiges Gebaren gegenüber unserer Organisation und den mit derselben getroffenen Vereinbarungen. Die Versammlungen verpflichten sich, in Zukunft bei ähnlich vorkommenden Fällen, unbeschadet der Folgen, welche daraus erwachsen, alle ihr zu Gebote stehende Mittel anzuwenden.“ Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Die kreisrätige Volkspartei hält am 22. Oktober ihren Kreisgruppentreffen für Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck herbei ab. Die Tagesordnung lautet: 1. Das Abkommen mit der Parteileitung der Deutsch-Freisinnigen Partei in Kiel; 2. Bericht über den Wiedbadener Parteitag (Referat von Eicken); 3. freier Meinungs austausch

Ans dem Gerichtssaal. Feindliche Nachbars. Der Barbier D. und die Schneiderin A. wohnten in einem Hause. Sie lebten jedoch in Unfrieden miteinander. Am 12. September kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den beiden; im Verlauf desselben schlug D. mit einem Bein auf seine Gegnerin ein. Wegen dieser Tat hatte D. sich vor dem Schöffengericht zu verantworten, das ihn dann auch zu 50 Mt. Geldstrafe verurteilte. — Zu einer Prüfung kam es in Bissau anlässlich eines Tanzabends. Als der Ziegelei arbeiter B. bemerkte, daß ein Kollege daran beteiligt war, wollte er denselben bestehen und schlug mit seinem Handstock auf einen anderen Ziegelei arbeiter ein, so daß letzter eine Kopfverletzung davontrug. Mit 3 Monaten Gefängnis belohnte das Gericht die Tat des B.

Gänge machen gilt nicht! In Ischhoe und anderen Orten der Provinz Schleswig-Holstein befinden sich seit längerer Zeit die baugewerblichen Arbeiter im Kampf um

die Verbesserung ihrer Lebenslage. Trotz aller Bemühungen ist es den Meistern und ihren charismatischen Hinterleuten nicht gelungen, die Pläze der Arbeiter mit Streitbrechern zu besiegen und die Streikenden ins Treppenhaus zu treiben. Jetzt versucht man ein anderes Mittel, um die Streikenden aus „Maison“ zu bringen. So drückt man in den „Beobachter“ einen Artikel ab, der sich in der bekannten unternehmerfreundlich „objektiven“ Weise mit dem „misglückten Streit im Lübecker Baugewerbe“ beschäftigt, und der angeblich — und daran wollen wir nicht zweifeln — aus der Feder eines Lübecker Bauinteressenten stammt soll. Der Zweck dieses Artikels ist natürlich nur der, die baugewerblichen Kämpfer für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen ins Boxkino zu lassen und dieselben zur Beendigung ihres gerechten Kampfes zu zwingen. Es würde zu weit führen, das ganze Geschehnis zum Abbild zu bringen; nur der Anfang und Schluß sei unser Lesern zur geistigen Beurteilung unterbreitet. Es heißt dort: „Die freie und Hansestadt Lübeck war in den letzten Monaten nicht nur der Schauplatz lebhafter politischer Erregung, sondern auch bestiger wirtschaftlicher Kämpfe. Sowohl auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiete hat die Sozialdemokratie schwere Niederlagen erlitten. Die neue Verfassungsreform, die den Bestand des Bürgerschaftsrechts und Bürgerfreiheit zur Blüte gelangten ließen aber kraftvollen Freistaats sicherte, hat einen Sieg vor geschlagen, daß die von der Sozialdemokratie geleiteten Arbeiterschaften auf gesetzlichem Wege die Befreiung der ökonomischen Gewalt an sich reißen können, daß im 20. Jahrhundert die Ochlokratie das Bürgertum vollends zu Boden werfe, wie vier Jahrhunderte früher zu Jürgen Wullenwebers Zeiten. In wirtschaftlicher Hinsicht hat sich eine Einigung der Arbeitgeber vollzogen, die in dem Gebahren der sozialdemokratischen Gewerkschaften ihren Ursprung hat. Die Arbeitnehmer im Baugewerbe, Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter, haben in diesem Sommer einen Streik ergriffen, der ergebnislos verlief, und der Ausgang ist eine der schwersten Niederlagen, die eine sozialdemokratische Kämpfersorganisation je erlitten hat. Dieses Jahr erschien den sozialistischen Drahtziehern für eine Lohnbewegung im Lübecker Baugewerbe besonders günstig. Der Streik hat anstatt der erhofften Lohnerschöpfung, die ohne ihn zum nächsten Frühjahr eingetreten wäre, den Bauarbeitern eine der schwersten Niederlagen gebracht, die je eine sozialdemokratische Proletariat erlitten hat. Die Ausständigen haben garnichts erreicht, ihre Organisation ist gelöscht worden, während sämtliche Arbeitgeber im Baugewerbe sich zu einer geschlossenen wirtschaftlichen Macht vereinigt haben. Bedauerlich ist nur, daß die sozialdemokratischen Führer über viele Arbeiterfamilien bitteres Elend gebracht haben. Möchten die Arbeiter daraus die Lehre ziehen, daß der Zustand ein zuviel schneidiges Schwert ist, das sich häufig gegen die eigenen Interessen richtet. Es wird nicht eher besser werden, als bis die deutschen Arbeiter endlich die Kraft finden, sich von den sozialdemokratischen Kampforganisationen loszumachen. Ein solcher Prozeß mit allen Kräften im Interesse der Arbeiterschaft nach allen Richtungen hin zu fördern, muß die Aufgabe aller national gesinnten Kreise sein.“ Das also war des Budels Kern! Die Organisationen der Arbeiter sollen vernichtet werden. Dann allerdings könnte das Unternehmertum mit den Arbeitern machen, was es will und ohne Mitwirkung der Arbeiterschaft die Lohn- und Arbeitsbedingungen nach eigenem Grunde festlegen. Wir wollen nicht auf die Verdächtigungen und Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie eingehen, die der Artikel enthält; hier in Lübeck werden dieselben nach Gebühr gewürdigt werden. Die Arbeiterschaft in den schleswig-holsteinischen Orten wird sich in ihrem gerechten Kampf durch unwahre und entstellte Meldungen über den Ausgang des Kampfes im Lübecker Baugewerbe nicht beeinflussen lassen, sondern treu zur Organisation halten und durch dieselbe sich bessere Existenzbedingungen erringen.

Umtausch der Umtauschkarten des Invalidenversicherung. Das Invalidenversicherungsgesetz verlangt, daß Umtauschkarten zur Vermeidung ihrer Ungültigkeit in bestimmten Fällen umgetauscht sind, und zwar soll dies bis zum Ablauf zweier Jahre nach dem Ausstellungstage der Karte geschehen. Verpäätet umgetauschte Umtauschkarten können jedoch auf Antrag des Versicherten als fortlaufend gültig anerkannt werden. In den vergangenen Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes ist der Grundatz ausgestellt worden, daß bei verspätetem Umtausch einer Umtauschkarte der Versicherte die ordnungsmäßige Verwendung der in dieser Karte enthaltenen Beitragsmarken und insoweit die Aufrechterhaltung der Anwartschaft darzutun hat. Dagegen liegt nach der Ansicht des Reichsversicherungsamtes keine rechtliche Veranlassung dazu vor, diesen Grundsatz dahin auszudehnen, daß der Versicherte lediglich aus diesem Grunde gehalten sei, die Art der Markenverwendung in den früheren ordnungsmäßig beklebten und ordnungsmäßig umgetauschten Karten zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft nachzuweisen.

Staatlich subventioniertes Stadtbahn-Theater. Der große Erfolg, welchen „Der Waffenschmied“ vergangenen Sonntag im Wilhelm-Theater gefunden hat, veranlaßt die Direktion, diese melodische und populäre Werk Lortzing's morgen Sonnabend letztmalig zu wiederholen, und zwar zu kleinen Preisen. Sonntag abend wird die allzeit beständig aufgenommene tonische Oper „Fra Diavolo“ wiederholt, während nachmittags 4 Uhr zu kleinen Preisen als „Freunden-Botspiel“ „Der Bielgepräste“ in Szene geht.

Bolwerkau. Am Montag, den 23. Oktober 1905, nachmittags 3 Uhr bei dem Gemeindevorsteher Ehlers in Behlendorf aus den Forstställen Hornsdorfer Busch, Hansrehm, Berkentrüden 103 entborzte Eichen mit 101,96 Mt., 34 entborzte Eichenstäbe, 2 Meter lang, 27 Mt. entborzte Eichenknüppel, 23 entborzte Eichen-Buschäuse. Spezielle Verzeichnisse liegen auf der Stadtkasse und beim Revierförster aus.

Zugang von Männern nach Schlutup ist fernzuhalten. Zugang von Arbeitern und Arbeitersinnen ist fernzuhalten von der Schlutuper Flachindustrie, von Arbeitern von der Bögeschen Sägemühle in Schlutup und von der Sägemühle von Rohrbach in Lauter.

Hamburg. Lysol getrunken. Am Dienstag nachmittag ging der sieben Jahre alte Knabe Walter des Arbeiters Behke mit seinen vier Geschwistern die Wandsbeker Chaussee entlang. In dem Vorgeriet eines unbewohnten Grundstücks stand er direkt an dem Gitter ein Flaschen. Er hob es auf und stieß es in die Tasche. Nach einer Weile blieb Walter hinter seinen Geschwistern zurück, entknotete die Flasche und trank ihren Inhalt fast ganz aus. Schreiend brach er zusammen. Bassanten brachten ihn schnell in die elterliche Wohnung, wo auch bald zwei Arzte eintrafen und sich um den schwerkranken Knaben bemühten. Da sein Zustand immer

schlamm wurde, ließen die Verzüge ihn nach dem St. Georgen Krankenhaus bringen. Es stellte sich heraus, daß der Knabe völlig getrunken hatte.

Schleswig. Großfeuer. In der Nacht auf gestern ist ein Teil des großen Gewerbes des Gastwirts Gossel im Kropf niedergebrannt; der Tauschalon, die Durchfahrt und ein großer Stall wurden in Asche gelegt. Der Besitzer war nach Husum verreist; er traf gestern morgen wieder im Kropf ein. Wie behauptet wird, soll das Feuer durch die Unvorsichtigkeit eines Angestellten entstanden sein.

Rostock. Die Bürgerversetzung beschloß, daß die Stadt Rostock ihren Beitritt zu dem deutschen Städtebund erklärt, stützte jedoch hieran die Bedingung, daß zwei Deputierte, der eine vom Rat, der andere von der Bürgerversetzung, von Rostock auf dem Städtebund vertreten werden sollen.

Rostock. Schwerer Unglücksfall. Gestern Vormittag gegen 8 Uhr war der Arbeiter Kohlow in Gehlsdorf damit beschäftigt, eine Löffel mit Sand zu füllen; dabei brachen hinter seinem Rücken plötzlich Erdmassen ab und warfen ihn nieder, er stürzte mit dem Gesicht so unglücklich auf den scharfen Rand der Löffel, daß er sich den Kopf aufspaltete. Obwohl

stark sofort besetzt wurde, verstarb er bald darauf.

Bremen. Der Senat beantragte bei der Bürgerschaft die Enteignung für die zur Erweiterung des Bremer Häusers erforderlichen Grundstücke zu beschließen und dazu sieben Millionen Mark zu bewilligen.

Großhermünde. Streik im Transportgewerbe. Am Dienstag nachmittag haben die im Speditionsbetriebe des Bahnspediteurs Drese in Großhermünde beschäftigten Arbeiter ihre Tätigkeit eingestellt, weil ihnen eine Lohnforderung um Erhöhung ihres Lohnes auf 4 Mk. von 3,50 pro Tag, also um rund 14 Proz., nicht zugestanden wurde. In Beirat kommen etwa 300 Arbeiter. Zusätzlich ist festzuhalten.

Deutsche Meisterschaft.

Kassel. Eine grauenhafte Bluttat wurde in Nörde bei Warburg verübt. Drei polnische Bahnarbeiter wurden von vier Bauernbürgern erschlagen. Die Mörder sind verhaftet.

Manheim. Weinpanischer. Die Straßammer verurteilte den Brauereidirektor Leonhardt aus Ladenburg wegen Weinfälschung zu 1000 Mark Geldstrafe.

Konstanz. Todesurteil. Das Schwurgericht hat den 30jährigen Hauburischen Josef Bründels aus Baden-Baden wegen Mordes, begangen in der Nacht zum 27. Februar an der 17 Jahre alten Fabrikarbeiterin Karoline Steinbars, zum Tode und lebenslangliche im Justizhaus, und wegen Mordversuchs gegen ein Dienstmädchen in Eschbach zu 5 Jahren Justizhaus verurteilt.

Sternfisch-Siebzehnt.

Hamburg, 12 Oktober.

Der Gemeinkaufsvertrag verließ ledhaft. Hingerichtet wurden 1510 Stück, davon vom Norbert-Stiel, vom Silber-Stiel, Preise: Schnürschnüre 73-74 Mk., Verbandskämme, Schmierse 73-74 Mk., Kleider 73-74 Mk., "über 66-70 Mk. und Versetze 69-72 Mk. vor 10. Pfund.

Stiegern eine Belage.

Extra ausgelegt:

Schuhwaren zu Ausnahmepreisen.

Damen-Glanzleder-Spangenschuhe

2⁷⁵ Mk.

Damen-Robleder-Knopf- u. Schnürstiefel

3⁷⁵ Mk.

Damen-Boxealb-Schnürstiefel

4⁹⁰ Mk.

Damen-echt Chevr.-Schnür- u. Knopfstiefel 6⁹⁰ Mk.

Mädchen-Robleder-Knopfstiefel

| | | | | | |
|--------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| Grösse | 25/26 | 27/28 | 29/30 | 31/32 | 33/35 |
| Paar | 2 ²⁰ Mk. | 2 ⁶⁰ Mk. | 2 ⁷⁵ Mk. | 3 ⁰⁰ Mk. | 3 ³⁰ Mk. |

Ein Posten

Plüschtapetensitz mit Ledersohle

Paar 62 Pfg.

Herren-Wichsleder-Zugstiefel

4⁵⁰ Mk.

Herren-Wichsleder-Schnürstiefel

4⁹⁰ Mk.

Herren-Boxealb-Schnürstiefel

6²⁵ Mk.

Herren-echt Chevreux-Schnürstiefel

7⁸⁰ Mk.

Knaben-Wichsleder-Schnürstiefel

| | | | | | |
|--------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| Grösse | 25/26 | 27/28 | 29/30 | 31/32 | 33/35 |
| Paar | 2 ³⁰ Mk. | 2 ⁴⁰ Mk. | 2 ⁶⁰ Mk. | 2 ⁹⁰ Mk. | 3 ¹⁰ Mk. |

Rudolph Karstadt, Lübeck.

Für 1-2 junge Leute ein gutes Logis mit voller Bezahlung. An der Planer, Ecke Weberstraße 41 a.

Ein mögl. heimliches Biwak

zu vermieten Friedensstraße 10
zu vermieten ein möbliertes Biwak mit einem Totenkopfstraße 42.

zu verkaufen ein Herren- und zwei Damen-Paleto's, mittlere Größe. Königstraße 79, part.

zu verkaufen eine Bettstelle mit Matratze Rosenthalstraße 18 2.

Ziegelout, gelb-weiß-bunte Wandfarbe. Abholen Fleischwarenstraße 70 II.

Deine Wäsche wird unter gewaschen und geplättet. Marienstraße 48, hinterhause.

Prima delikaten Sauerkohl, prima lange Salzgurken

Nans Eichstädt, Mühlenstraße 42, Fernsprech. 1622. Gebt verlängre die roten Rabattmarken Geben.

Heute und morgen:

Sommerfleisheringe 12 St. 30 Pf.

Schweinchen 3 St. 10 Pf.

Isager Alstrasse 34.

Deinen Sauerkohl Salzgurken

grüne Erbsen Konserven

in großer Auswahl.

Sehr leicht Kochende grüne

grüne Erbsen.

Geschälte Victoria-Erbsen

Margarine

hoch gesetztes Objekt aus itali.

1 Stück 70, 85, 90, 95, 100, 110, 125, 135, 145, 155, 165, 175, 185, 195, 205, 215, 225, 235, 245, 255, 265, 275, 285, 295, 305, 315, 325, 335, 345, 355, 365, 375, 385, 395, 405, 415, 425, 435, 445, 455, 465, 475, 485, 495, 505, 515, 525, 535, 545, 555, 565, 575, 585, 595, 605, 615, 625, 635, 645, 655, 665, 675, 685, 695, 705, 715, 725, 735, 745, 755, 765, 775, 785, 795, 805, 815, 825, 835, 845, 855, 865, 875, 885, 895, 905, 915, 925, 935, 945, 955, 965, 975, 985, 995, 1005, 1015, 1025, 1035, 1045, 1055, 1065, 1075, 1085, 1095, 1105, 1115, 1125, 1135, 1145, 1155, 1165, 1175, 1185, 1195, 1205, 1215, 1225, 1235, 1245, 1255, 1265, 1275, 1285, 1295, 1305, 1315, 1325, 1335, 1345, 1355, 1365, 1375, 1385, 1395, 1405, 1415, 1425, 1435, 1445, 1455, 1465, 1475, 1485, 1495, 1505, 1515, 1525, 1535, 1545, 1555, 1565, 1575, 1585, 1595, 1605, 1615, 1625, 1635, 1645, 1655, 1665, 1675, 1685, 1695, 1705, 1715, 1725, 1735, 1745, 1755, 1765, 1775, 1785, 1795, 1805, 1815, 1825, 1835, 1845, 1855, 1865, 1875, 1885, 1895, 1905, 1915, 1925, 1935, 1945, 1955, 1965, 1975, 1985, 1995, 2005, 2015, 2025, 2035, 2045, 2055, 2065, 2075, 2085, 2095, 2105, 2115, 2125, 2135, 2145, 2155, 2165, 2175, 2185, 2195, 2205, 2215, 2225, 2235, 2245, 2255, 2265, 2275, 2285, 2295, 2305, 2315, 2325, 2335, 2345, 2355, 2365, 2375, 2385, 2395, 2405, 2415, 2425, 2435, 2445, 2455, 2465, 2475, 2485, 2495, 2505, 2515, 2525, 2535, 2545, 2555, 2565, 2575, 2585, 2595, 2605, 2615, 2625, 2635, 2645, 2655, 2665, 2675, 2685, 2695, 2705, 2715, 2725, 2735, 2745, 2755, 2765, 2775, 2785, 2795, 2805, 2815, 2825, 2835, 2845, 2855, 2865, 2875, 2885, 2895, 2905, 2915, 2925, 2935, 2945, 2955, 2965, 2975, 2985, 2995, 3005, 3015, 3025, 3035, 3045, 3055, 3065, 3075, 3085, 3095, 3105, 3115, 3125, 3135, 3145, 3155, 3165, 3175, 3185, 3195, 3205, 3215, 3225, 3235, 3245, 3255, 3265, 3275, 3285, 3295, 3305, 3315, 3325, 3335, 3345, 3355, 3365, 3375, 3385, 3395, 3405, 3415, 3425, 3435, 3445, 3455, 3465, 3475, 3485, 3495, 3505, 3515, 3525, 3535, 3545, 3555, 3565, 3575, 3585, 3595, 3605, 3615, 3625, 3635, 3645, 3655, 3665, 3675, 3685, 3695, 3705, 3715, 3725, 3735, 3745, 3755, 3765, 3775, 3785, 3795, 3805, 3815, 3825, 3835, 3845, 3855, 3865, 3875, 3885, 3895, 3905, 3915, 3925, 3935, 3945, 3955, 3965, 3975, 3985, 3995, 4005, 4015, 4025, 4035, 4045, 4055, 4065, 4075, 4085, 4095, 4105, 4115, 4125, 4135, 4145, 4155, 4165, 4175, 4185, 4195, 4205, 4215, 4225, 4235, 4245, 4255, 4265, 4275, 4285, 4295, 4305, 4315, 4325, 4335, 4345, 4355, 4365, 4375, 4385, 4395, 4405, 4415, 4425, 4435, 4445, 4455, 4465, 4475, 4485, 4495, 4505, 4515, 4525, 4535, 4545, 4555, 4565, 4575, 4585, 4595, 4605, 4615, 4625, 4635, 4645, 4655, 4665, 4675, 4685, 4695, 4705, 4715, 4725, 4735, 4745, 4755, 4765, 4775, 4785, 4795, 4805, 4815, 4825, 4835, 4845, 4855, 4865, 4875, 4885, 4895, 4905, 4915, 4925, 4935, 4945, 4955, 4965, 4975, 4985, 4995, 5005, 5015, 5025, 5035, 5045, 5055, 5065, 5075, 5085, 5095, 5105, 5115, 5125, 5135, 5145, 5155, 5165, 5175, 5185, 5195, 5205, 5215, 5225, 5235, 5245, 5255, 5265, 5275, 5285, 5295, 5305, 5315, 5325, 5335, 5345, 5355, 5365, 5375, 5385, 5395, 5405, 5415, 5425, 5435, 5445, 5455, 5465, 5475, 5485, 5495, 5505, 5515, 5525, 5535, 5545, 5555, 5565, 5575, 5585, 5595, 5605, 5615, 5625, 5635, 5645, 5655, 5665, 5675, 5685, 5695, 5705, 5715, 5725, 5735, 5745, 5755, 5765, 5775, 5785, 5795, 5805, 5815, 5825, 5835, 5845, 5855, 5865, 5875, 5885, 5895, 5905, 5915, 5925, 5935, 5945, 5955, 5965, 5975, 5985, 5995, 6005, 6015, 6025, 6035, 6045, 6055, 6065, 6075, 6085, 6095, 6105, 6115, 6125, 6135, 6145, 6155, 6165, 6175, 6185, 6195, 6205, 6215, 6225, 6235, 6245, 6255, 6265, 6275, 6285, 6295, 6305, 6315, 6325, 6335, 6345, 6355, 6365, 6375, 6385, 6395, 6405, 6415, 6425, 6435, 6445, 6455, 6465, 6475, 6485, 6495, 6505, 6515, 6525, 6535, 6545, 6555, 6565, 6575, 6585, 6595, 6605, 6615, 6625, 6635, 6645, 6655, 6665, 6675, 6685, 6695, 6705, 6715, 6725, 6735,

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 241

Sonnabend, den 1. Oktober 1895

12. Jahrgang.

Siebente (außerord.) General-Versammlung des Deutschen Werftarbeiter-Verbandes.

(Originalbericht des „L. B.“).

(Abgehalten am 9. Oktober und folgende Tage in
Bremen erhalten.)

Die General-Versammlung tritt um 9½ Uhr morgens im Saal des Gashofs „Zur Eiche“ zusammen. Anwesend sind 27 Delegierte, zwei Vertreter des Vorstandes, ein Vertreter des Verbands. Anspruchssowie von der General-Kommission der Genossen Gilbert Schmidt aus Berlin. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache durch den Vorsitzenden Holz-Komitee, E. Küster, erhält der Verbandsvorsitzende Dellerich die Verhandlungen. Als einziger Verhandlungsgegenstand steht auf der

Tagesordnung:

Auflösung des Verbandes nach Abschluß der Mitglieder an andere Organisationen.

In das Bureau werden gewählt zum Vorsitzenden Dellerich (Verbandsvorsitzender) und Drechsler, Bremen, sowie zu Führern der Ritterliche Sattler, Kiel und Elberfeld. Büdick.

Nach Erledigung der sonst üblichen geschäftlichen Angelegenheiten erhält das Wort zum erledigenden Referat

Dellerich (Verbandsvorsitzender): Ein gedruckter Geschäftsbericht von Seiten des Vorstandes liegt nicht vor. Die Situation, in der sich der Verband zurzeit befindet, wird klar genug beleuchtet werden, wenn ich den vor dem 1. Juni d. J. stattgefundenen ordentlichen General-Versammlung vorgelegten Geschäftsbericht für die letzte abgeschlossen paar Monate mündlich ergänze.

Es sind im Laufe des Jahres fast sämtliche Mitgliedschaften in sehr oder minder starkem Maße an Lohnbewegungen beteiligt gewesen; einige Orte sogar mehrere Male. So daß, wenn man dies in Betracht zieht, über 100 Prozent der Mitglieder sich im Kampf befunden haben. Und unter diesen Kämpfen waren sehr schwere. Der Flensburger Streik hat beispielsweise über 15 Wochen gedauert. Das selbst eine finanziell starke Organisation, wie es der Werstarbeiter-Verband zu Anfang des Jahres war (er verfügte über einen Bestand von fast 20 M. pro Mitglied), eine derartige Belastung auf die Dauer nicht auszuhalten vermögt, liegt auf der Hand. Der Vorstand hat dann auch nicht mehr Kämpfe bewilligt, als die Ressortverhältnisse gestatteten. Die Taktik des Vorstandes ging darauf hinaus, im verlorenen Halbjahr zunächst auf den Werften, wo noch die tägliche Arbeitszeit 10 Stunden überstieg, den Gehaltsentzug durchzuführen. Die für diesen Zweck inszenierten Bewegungen wurden gut und planmäßig vorbereitet und endeten auch ohne Ausnahme nach höchst kurzem Kampf mit vollem Erfolg. Mit der großen Meuterei in Rostock wurde sogar ein Tarifvertrag abgeschlossen; das ist das erste Mal, daß eine deutsche Werft eine Gewerkschaft als vertragsfähigen Faktor anerkannte. Andererseits wurde aber der Verband durch andere Gewerkschaften in Kämpfen verwickelt, die von vornherein aussichtslos waren und auch höchst ungünstig verliefen, dabei aber die Kosten des W.A.-Verbandes völlig erschöpften. In erster Linie ist hierher zu richten der Flensburger Streik. Auch dort waren die Verhältnisse so ungünstig für einen Kampf, daß jeder einsichtige Mensch den Arbeitern eine schiere Niederlage vorher sagen konnte. Die im Frage kommenden Organisationsleiter waren sich auch einig, daß alles aufgestoßen werden müsse, um den Streik zu verhindern. Nur die Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes, die zwar auch bezüglich des Aussichts auf Erfolg den Standpunkt der übrigen Gewerkschaftsleiter teilten, handelten bei der Zusammenziehung der Lohnbewegung unsofortig. Sie gaben die Bügel freiwillig auf und erklärten: „Wir lassen unseren Mitstreitern freie Hand!“ Am nächsten Morgen wurde die Vollmacht von den im Saal, wo

diese Erklärung gefallen, beteiligten Gewerkschaften des Metallarbeiter-Verbandes auf der Werft publiziert gemacht, es wurden in der Frühstückspause in den Werftstößen Versammlungen abgehalten, Abstimmungen vorgenommen und im Laufe des Vormittags noch ließen die Arbeiter, soweit sie freien wollten und konnten, aus der Werft hinaus. Stehen blieben etwa 600 Arbeiter, Leichtlinge etc.; also nahezu ein Drittel der aus der Werft überhaupt Beschäftigten. Die Werft war also durchaus in stande, alle dringenden Arbeiten zu erledigen, zumal sie vorgängliche technische Einschätzungen besaß. Außerdem waren die von den Arbeitern, namentlich unter Leitung des Bezirksleiters vom Metallarbeiter-Verband, Gotthausen-Hamburg, ausgearbeiteten und ohne Vorwissen der übrigen Gewerkschaften eingerichteten Forderungen derartig, daß ein so plausibel konzipierter und so unvollkommenes Streik, wie der in Reise stehende, die Werft niemals verauspassen konnte, die Forderungen zu bewilligen. Man forderte beispielsmäße außer Lohnhebungen bei Akkordarbeiten die Sicherung eines Akkordübereinkusses von 30 Pfennig usw. Dabei kostete die Werftleitung nachweislich, daß infolge der herrschenden Akkordmarken die Werstarbeiter in Flensburg Fahrtverbot erhielten, wie auf keinen anderen deutschen Werft. Alles in allem war, wie bemerkte, an einem Erfolg nicht zu denken. Und so bemühten sich denn die Leiter der beteiligten Verbände, den Streik möglichst schnell zu beenden. Dabei tanzten aber auch wiederum die Metallarbeiter außer der Reihe, resp. waren sie es, die die Mitglieder anderer Verbände zum Widerstand gegen ihre Führer aufzehrten.

Zu derselben Zeit gingen auch die im Metallarbeiter-Verband organisierten Kesselschmiede der Schiffswerften in Bremerhaven mit Lohnforderungen vor, obgleich ursprünglich von den möggebenden Personen unter den beteiligten Verbänden vereinbart worden war, daß bis zur Beendigung des Flensburger Kampfes weitere Kämpfe, insbesondere in Bremerhaven verhindert werden sollten. Die Forderungen der Kesselschmiede waren nicht überzeugend. Auch die Werftleitungen machten Jagdhandlungen, in daß es sich nur um ein ganz winziges Komplott handelte. Trotzdem trieben die verantwortlichen Leiter der Kesselschmiede die Dinge bis zur Aussperrung sämtlicher Arbeiter der großen Werften in den Unterbezirk, in Bremen und in Geestemünde. Wegen circa 100 Kesselschmiede, die die Werften durch Streik zwingen wollten, ihre Zugeständnisse noch um einige Pfennige zu erhöhen, mußten 8–10.000 Arbeiter aufs Stromenpfeil fliegen. Und dabei wußten die Metallarbeiter ganz genau, daß der Kampf zu Ungunsten der Arbeiter ausfallen mußte, wenn nicht aus anderen Gründen, so doch weil der stark beteiligte Werstarbeiter-Verband infolge der vielen bereits überstandenen Kämpfe nicht mehr finanziell genug war, um eine wochen- oder monatelange Kriegsfahrt, an der etwa ein Drittel der gesamten Mitglieder beteiligt, aufzuhalten zu können. Die Dinge waren den Metallarbeitern bekannt. Und es handelte sich für die verantwortlichen Leiter der Bewegung auch weniger um einen Erfolg gegenüber dem Unternehmertum, vielmehr sollte durch den Kampf nur der Werstarbeiter-Verband aktionsunfähig gemacht werden. Das hat der Bezirksleiter Gotthausen (Metallarbeiter) gegenüber dem Bezirksleiter des Holzarbeiter-Verbandes, Georges Röcke, auch zu zweitig gezeigt. Und der Geschäftsführer der Metallarbeiter in Bremerhaven hat zu einem hier im Saal anwesenden glaubwürdigen Kollegen ohne Scher gelagt: „Wenn Euch Flensburg nicht das Genick umdrückt, geben wir Euch in Bremerhaven noch etwas zu tun, dann wird's wohl kommen!“ Auch bei der Beendigung des Flensburger Streiks hat man seitens der Metallarbeiter noch mit den perfiden Mitteln gearbeitet, um den ungünstlichen Kampf noch zu verlängern, so daß schließlich die übrigen Verbände gezwungen waren, die Unterstützung den Streikenden zu entziehen. Voller

schoß war das Benehmen der Leiter des Metallarbeiter-Verbandes, die die Aussperrung an der Unterwerfer durch Aufhebung des Kesselschmiedestreiks aus der Welt schaffen wollten. Diese Leute hätten gescheitert, der Kampf würde zweifellos mit einem Sieg geendet haben, wenn er nicht lediglich wegen Betriebs des harten Metallarbeiter-Verbandes hätte abgebrochen werden müssen. Der Geschäftsführer des Bremerhavenischen Metallarbeiter versuchte dann noch, die Direktverwaltungen anderer Gewerkschaften scharf zu machen zur Einrichtung von Förderungen auf den Werften, nur um das begonnene Werk der Vernichtung vollständig zu machen.

Nun, das leichtere ist den Leuten auch so gelungen. Wie aus der leichten Quittabrechnung ersichtlich, sind die Kosten völlig erschöpft. Die ausgeschriebene Entschädigung hat eine kennenswerte Sicherung der Finanzlage nicht ergeben. Wir sind jetzt nicht in der Lage, unsere Mitglieder nötigenfalls ausreichend zu unterstützen. Zwar haben wir in einer Konferenz von Vertretern der Vorstände der für die auf Werften beschäftigten Arbeiter in Frage kommenden Gewerkschaften erfüllt, auf unsere momentane ungünstige Finanzlage bei der Finanzierung von Streiks Rücksicht zu nehmen. Man hat uns auch erzieltes Entgegenkommen gezeigt; bindende Vereinbarungen fassten aber natürlich nicht abgegeben werden. Neuerdings drogen uns bishin mehrere Differenzen. Die Mitglieder befinden sich also ständig in Gefahr, in Kämpfe verwickelt zu werden, ohne Unterstützung zu erhalten. Aus diesem Grunde fühlen sich Vorstand und Ausschluß veranlaßt, den Mitgliedern die Ausübung des Verbandes und den Ausschluß an andere Organisationen dringend nahe zu legen.

Vorstand und Ausschluß sind dementsprechend sich auch über die Vorarbeiten einig geworden und hat der Vorstand, um möglichst eine Spaltung der einzelnen Branchen zu vermeiden, Unterhandlungen mit den Verbandsvorständen der Holz- und Metallarbeiter über etwaige Nebentrittsbedingungen eingefangen.

Der Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes hat sich auch sofort bereit erklärt, den etwa korporativ übertrittenden Holzarbeitern die Mitgliedschaft im Werstarbeiter-Verband auf die Unterstützungsvereinbarungen des Holzarbeiter-Verbandes voll anzurechnen, obgleich dies im Statut des letzteren nicht einmal vorgesehen ist. Auch will der Holzarbeiter-Verband den Schiffszimmerern bei etwaigem Übertritt betreffs Sektorbildung Konzessionen machen.

Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes hat indes alle Jagdhandlungen abgelehnt. Obgleich diesem Verband wohl die Mehrheit der Mitglieder zugutekommen würde, will er den Mitgliedern nur drei Viertel der geleisteten Wochenentgelte anrechnen. Bei korporativem Übertritt will der Metallarbeiterverband die Werstarbeiter schlechter stellen, als bei Einzelübertritt, wo schon laut Statut die volle Mitgliedschaft angerechnet wird. Außerdem will der Metallarbeiterverband auch den Werstarbeitern weder Sektorbildung gestatten, noch ihnen eine besondere Rücksicht in der „Metallarbeiter-Zeitung“ einräumen. Ebenfalls wurde die Übernahme der Beiträge abgelehnt, im übrigen aber die Übernahme des Verbandes mit Aktiven und Passiven von dem Ergebnis einer vorherigen Beurteilung der Bücher des Werstarbeiterverbandes abhängig gemacht.

Unter diesen Umständen glaubten Vorstand und Ausschluß, daß ein korporativer Übertritt zum Metallarbeiter-Verband nicht durchführbar ist. Der Vorstand hat sich deshalb in letzter Stunde auch noch an den Holzarbeiterverband gewendet. Gleicher hat indes die Aufnahme der Mitglieder grundsätzlich abgelehnt, hauptsächlich um die Nutzungsflächen zwischen dem Metallarbeiterverband und sich nicht zu verzögern. Die übrigen in Frage kommenden Branchenverbände werden den übertrittenden Werstarbeitern die bisherige Mitgliedschaft voll ausbringen. Deshalb empfehlen Vorstand und Ausschluß den Mitgliedern, soweit sie Holzarbeiter, zum

Gold!

Ein Kalifornisches Lebensbild.
Von Friedrich Gerstäder.

(49 Fortsetzung.)

14.

Die deutsche Gesellschaft.

Beim Hinterziehen achtete Hale aber nicht mehr auf den herlichen Baumwuchs, auf die malerischen Türen, mit denen der Sonnenuntergang die fernen Berge, das unter ihm liegende reihende Tal überzog. Sein Blick haschte wohl dorthin, aber er schien sich trotzdem der wunderbar schönen Natur nicht mehr zu freuen, denn das Begegnen des gereizten Indianerbüpplings mit den Männern — das Warnzeichen des kleinen Wurfs, das plötzliche Schweigen der Männer selber, hatte andere Gedanken in ihm wach gerufen, die ihn jetzt ausschließlich und allein beschäftigten.

Allerdings war Hale viel zu sehr Amerikaner, um für den amerikanischen Besitz des Landes auch nur einen Augenblick zu fürchten, selbst wenn alle Freuden im Lande mit einem Schlag gegen sie aufgestanden wären; aber er kannte auch den Charakter der überdies genug gereizten und misshandelten Rothäute, um nicht gleichzeitig eine solche Allianz mit anzusehen. Einzelne und auf sich selber angewiesen, könnten sie nichts unternehmen und hätten es nie gewagt, von einer Horde nichtnugiger Räuber aber unterstützt, denen es gar nicht darauf ankam, ihnen jede zur erdenklieke Hülfe zu versprechen, wenn sie ihre Burdebergassen dann auch augenblicklich wieder im Stiche ließen, drohte ihnen eine andere und nicht unbedeutende Gefahr.

Überall nämlich in den Bergen hatten sich einzelne kleine Partien von Amerikanern sowohl wie Fremden niedergelassen, oder durchstreiften die verschiedenen abweigenden Täler, um die Bäche nach Gold zu revidieren. Waffen führten allerdings die meisten mit sich, auf einer indianischen

Uebersall war aber keine vorbereitet, und viel Blut Nachahmiger hätte in einem solchen Falle vergossen werden können, ehe die Amerikaner im Stande gewesen wären, sich zu sammeln und den Feind zu vertreiben.

Der junge Häuptling Keso war zwar, so viel er wenigstens bis jetzt von ihm gesehen und gehört hatte, ein ehrlicher und wackerer Bursch — aber doch ein Indianer, und denen ist, bei ihrem ersten und verschloffenen Wesen, schwer beizukommen. Man wußte noch nicht, wessen er eigentlich fähig wäre, wenn er gerade seinen Kopf darauf gelegt. Jedenfalls litt er doch Haupi des Ganzen. Die Stämme gehörten seinem Befehl, wie der Sheriff recht gut wußte, auf's Wort, und er könnte sie deshalb zum Greifen wie zum Hören leiten.

„Recht hätte er,“ murmelte der Sheriff dabei, während er jetzt in gerader Richtung den steilen Hang hinunterstieg, um das kleinenstädtchen noch vor Dunkelwerden zu erreichen — und wenn ich an seiner Stelle wäre und sehen sollte, wie die Fremden mit Meile nach Meile meines Gebietes unter den Händen wegrissen, mein Weib tödten oder verjagen, meine Fischerstellen zerstören, ich glaube, ich säge mich dem auch nicht Geduldig, und — schnitte weitestens so vielen davon die Hälse ab, wie ich bekommen könnte! — Aber — armer Teufel — was würde es Ihnen helfen! Sie können nicht mehr dagegen ankämpfen und waren schon verloren, wie nur das erste Goldkorn in Ihren Täfern gefunden wurde. Merkwürdige Geschichte das mit dem Golde, und das die Menschen so darauf verbessert sind, Kristal und Lebza in die Schanze zu schlagen, nur um eine Hand voll von den gelben Löckern zu gewinnen!“

Sein Selbstgespräch wurde hier durch einen lauten Anruf unterbrochen, der von einem einzelnen Amerikaner, einem Bekannten des Sheriffs, herkam.

„Oh Hale!“ schrie dieser — „oh Hale! Besser noch einmal, Mann, wo habt Ihr heute Nachmittag gesteckt?

Und gesucht seit Ihr worden wie eine Stadtadler in einem Bunde Geu!“

„Hallo, Molten,“ rief der Sheriff indem er stehen blieb und sich nach dem Aufrufen umschaut — „wer hat mich denn gesucht? Das weiß doch der Böse, man kann auch nicht einmal einen Augenblick seinen eigenen Geschäftsräum zu gehen, ohne daß gleich der Teufel irgendwo los ist. Was war's?“

Der Amerikaner, der eine lange Brechstange auf der Schulter trug, lachte, als er an ihn herankam, und sagte:

„Sie seh' wohl mit Erem Röller propositen gegangen, he? — Hale, Hale, Hale mögt' ich auch zum Sheriff haben, wenn ich Alkalde wäre — wosü: mich übrigens Gott in Gnaden bewahren wollte!“

„Wie jo?“ sagte der Sheriff, konnte aber doch nicht verhindern, daß er ein wenig rot wurde — „und da draußen, wo Ihr herkommt, haben sie mich doch gewiß nicht gesucht.“

„Nein, das nicht,“ schmunzelte der Amerikaner, „ich bin auch erst vor einer halben Stunde dort hinzugegangen, um mir die Brechstange wiederzuholen, die ich gestern da draußen gelassen hatte. Den ganzen Nachmittag war ich in der Stadt, und den Heldenlärm, den sie dort vollführten, hätte Ihr oben auf den höchsten Bergspitzen hören müssen.“

„Aber, was ist denn vorgefallen?“

„Na, tut mir nicht so unschuldig,“ sagte Molten — „Briars hat mir selber erzählt, daß Ihr ihnen die Augen geschlossen habt.“

„Ih? — mit der Goldklumpengeschichte meint Ihr? — Da habe ich nichts zu öffnen gebaßt, die Sache hat der Alkalde selber an die große Glocke geschlagen, deon auf morgen früh soll ich eine Fazit zusammentreten, um die Hosen wegen Diebstahl zu verklagen. — Ihr müßt jedenfalls einen Jurymann mit abgeben, Molten.“

„Die Fazit wird nicht mehr nötig sein,“ sagte da der

Holzarbeiterverband, den übrigen Mitgliedern zu einer für ihren Beruf passend erscheinenden Organisation überzutreten. Nach einigen kurzen Erklärungen aus den Reihen der Delegierten, die sich auf Meinungsäußerungen von im Saale anwesenden Metallarbeitern beziehen, wird in die Mittagspause eingetreten.

Die Nachmittagssitzung wird um 2 Uhr mit der Verlesung eines vom Geschäftsführer der Bremerhavener Metallarbeiter erzielten Briefes eröffnet. Der Schreiber glaubt, weil die von ihm häufig erbetene Fassung mit beratender Stimme vom Vorstand des Werstarbeiterverbandes auf der Generalversammlung nicht befürwortet worden ist, dem Vorstand ein schlechtes Gewissen zum Vorwurf machen zu können; er hält weiter, daß Dellerich die mit dem Metallarbeiterverband gepflogenen Unterhandlungen nicht objektiv dargestellt habe; insbesondere sei der Metallarbeiterverband laut eines neuern vom Vorstand des Metallarbeiterverbandes an den Schreiber gesuchten Briefes bereit, den Werstarbeitern die bisher geleisteten Leistungen voll anzurechnen. Schließlich erfüllt der Geschäftsführer nochmals, ihm das Wort zur Verteidigung und zur Darstellung zu geben.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, dass Schreiber des Briefes das Wort zu erteilen, sofern er von seinem Vorstand autorisiert ist, zur Frage des Übertrittsständige Erklärungen abzugeben. Zu letzterem ist der Briefschreiber jedoch nicht befugt.

Sodann gibt der Hauptförderer Heinrich einen kurzen Überblick über den Stand der Finanzverhältnisse des Verbandes. Daraus ist zu entnehmen, daß voraussichtlich bei Auflösung des Verbandes ein Kassenbestand von 2-6000 M. vorhanden sein wird, mitin die Übernahme des Verbandes mit Altvita und Passiva keinerlei Risiko für den Metallarbeiterverband bedeutet hätte, was diesem auch mitgeteilt worden ist.

In der hernach einsetzenden sehr lebhaften Diskussion sprechen die Delegierten ausnahmslos im Sinne des Referats; doch wird mehrfach die Tatsache konstatiert, daß aus praktischen Gründen schließlich einjährige Mitglieder sich dem Metallarbeiterverband anschließen müssen. Befürchtet wurde, daß die meisten Mitglieder sich bei dieser Frage zuviel vom Gefühl leiten lassen werden, weil sie das ihnen nach Ansicht der Generalversammlung zugesetzte Unrecht nicht verhindern könnten und deshalb dem Metallarbeiterverband auch durch Generalversammlungsbeschluss nicht zu folgen sind, zumal dieser Verband ja einen so großen Standpunkt betrifft der Übertrittsbedingungen eingenommen hat. Lieberdies könnte man absolut nicht sagen, doch die Form der Industrieverbände zweckmäßig für die Werstarbeiter sei. Daraum müsse man dem Vorschlag des Vorstandes zustimmen und den Rückholarbeiter freie Hand lassen.

Silbersmidt (Vertreter der Generalkommission) betonte dem gegenüber, daß es unter den gegebenen Umständen doch Pflicht der Generalversammlung sei, Schritte für den möglichst geschlossenen Übertritt in den Metallarbeiterverband einzuleiten. Insbesondere, weil ja laut an den Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes in Bremerhaven gerichteten Schreibens der Vorstand dieser Organisation jetzt Konzessionen nicht abgibt sei, namentlich über die bisherige Mitgliedschaft der Werstarbeiter auch bei korporativem Übertritt entgegen mösse. Der Werstarbeiterverband habe zwar alles Großes für die Werstarbeiterchaft getan und da kann es einem in der Seele wehe tun, wenn man eine solche Organisation, in der so viel Mühe und Arbeit verbracht, dem Zug der Zeit zum Opfer fallen sieht. Aber es lasse sich nicht ändern. Die großen Verbände der Metall- und Holzarbeiter seien der Meinung, daß eine andere Komposition auf den Werken Platz greifen müsse. Es sei unvermeidlich, dem Metallarbeiter die Spitze zu bieten und die Rückholarbeiter einmal gründlich durchzubringen. Well dabei aber der Werstarbeiterverband wegen Mangel an Ressourcen ja in finanzielle Not mitmachen könne, müßten die Mitglieder aus anderen Verbänden anstrengen. Deshalb dürfe es an gebraucht sein, den Vorstand zu berücksichtigen, ebenso wie die Befreiung der Generalversammlung mit dem Metallarbeiterverband zu unterscheiden, den Mitgliedern aber unter allen Umständen den korporativen Übertritt in den Metallarbeiterverband zu empfehlen.

Schließlich wird ein Entwurf erachtet, demzufolge der Vorstand auf telegraphischem Wege die Unterhandlungen mit dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes wieder aufzunehmen soll.

Amerikaner — „die Räthe ist über alle Berge, und ich glaube innerlich, daß er sie morgen früh antritt.“

„Der Major ist?“ rief der Sheriff und mußte sich lächeln geben, um sich zu halten, daß er nicht gerade herausfände.

„Ja!“ lautete die Antwort. „Die Goldraupenangriffe hat dem Boden aufgezehrter, und andere, noch viel schädigendere Dinge lassen dadurch ebenfalls zum Aufruhr. Der Landkreis Württemberg und insbesondere Gott darüber, so konzentriert zu sein, dass verhindert hätte er Schlimmeres, als nur einige fortwährend zu werden.“

„Doch ich denke, die Räthe haben ihn auch schwer geängstigt.“

„Na woh!“ rief Nolten, „das Gold bei er ja gleichzeitig nicht mit seinen Regulierungen verantwortlich und dadurch keinen besonderen Schutz. Aber sie sind es auch bestimmt gewusst, daß er solche Gewalt gehabt hat und das bringt ihm den Fall.“

„Sichere Gewalt! — Ja, das ist nicht wahr,“ brachte der Sheriff — „doch ja nicht mir selbst auch die halbe Räthe zu meinten.“

„Ja, das lange Statistik,“ rief Nolten fort, „nachdem seine Elternschaft vom Ende und ging damit nach Sachsen Gold, zur Zeit unterwegs zu laufen. Diese folgte nun der ganze Skandal, und der Major wurde wohl schwer, was ihm geschehen, denn hier ist wieder zu erzählen, was er jetzt. Sein Bruder hatte er ja, aber das war es Sachsen nicht, sondern mit nicht weit von ihrem Bruder jungen, und war weg. Aber gegen jenseits good bye zu sagen. Ein paar weitere Elternschaft nach und das kann dann noch sagen, was Major ja eher nicht jetzt und noch hier ist auf jeden Fall geschehen zu sein. Jetzt steht Ihr Sheriff wieder.“

„Ja?“ rief der Sheriff lachend — „dass wäre gefügt. Ja, wenn es mir der Major ja gut zugehen könnte wie mit

Darauf wurden die Verhandlungen um 6 Uhr nachmittags auf den nächsten Morgen vertagt.

Bremenhaven, den 10. Oktober.

Vormittagssitzung.

Die Sitzung wird um 8½ Uhr morgens wieder eröffnet. Vor Eintreffen in die Verhandlungen gibt der Verbandsvorsitzende

Dellerich bekannt, daß das Bureau gestern abend entsprechend dem gesuchten Beschlusse telefonische Verbindung mit dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes nachgeholt, sowie sich an diesen auf telegraphischem Wege um Mitteilung der endgültigen Übertrittsbedingungen gewendet hat; eine Antwort steht noch aus. Dellerich macht deshalb den Vorschlag, die Verhandlungen bis Eintreffen der Antwort zu vertagen, weil es zwecklos, ohne Kenntnis der Übertrittsbedingungen weiter zu diskutieren.

Dieser Vorschlag findet ohne Debatte Annahme. Die Generalversammlung vertagt sich.

Nachmittagssitzung.

Um 1½ Uhr nachmittags werden die Verhandlungen fortgesetzt. Zunächst teilt der Verbandsvorsitzende

Dellerich mit, daß vom Vorstand des Metallarbeiterverbandes noch immer keine Antwort eingegangen ist. Die Generalversammlung, so führt Redner weiter aus, müsse jetzt über zur Beschlussfassung kommen. Alle Delegierten seien sich einig, daß der Verband nicht weiter existieren kann, sondern aufgelöst werden müsse. Zur Entscheidung stehe deshalb nur noch die Frage, wohin die Mitglieder sich werden sollen. Es sind diesbezüglich mehrere Resolutionen eingelaufen, die die auf der Generalversammlung vertretenen Ansichten zum Ausdruck bringen. Die beiden wesentlichen Resolutionen lauten folgendermaßen:

Die Generalversammlung beschließt die Auflösung des Verbandes und verpflichtet die Mitglieder, soweit sie in der Holzbranche beschäftigt sind, geschlossen zum Metallarbeiterverband überzutreten. Beides der Mitglieder aus der Metallbranche wird der Verbandsvorstand beansprucht, mit dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes unter Einziehung der Generalkommission nochmals zu unterhandeln über die Übertrittsbedingungen. Insbesondere hat der Vorstand zu versuchen, die volle Berechnung der bei uns absolvierten Mitgliedschaft und die Berechtigung zur Bildung einer eigenen Gruppe der Werstarbeiter innerhalb des Metallarbeiterverbandes zu erwirken.

Silbersmidt (Vertreter der Generalkommission) beschließt die Auflösung des Verbandes und verpflichtet die Mitglieder, soweit sie in der Holzbranche beschäftigt sind, geschlossen zum Metallarbeiterverband überzutreten. Beides der Mitglieder aus der Metallbranche wird der Verbandsvorstand beansprucht, mit dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes unter Einziehung der Generalkommission nochmals zu unterhandeln über die Übertrittsbedingungen. Insbesondere hat der Vorstand zu versuchen, die volle Berechnung der bei uns absolvierten Mitgliedschaft und die Berechtigung zur Bildung einer eigenen Gruppe der Werstarbeiter innerhalb des Metallarbeiterverbandes zu erwirken.

Kühl (Bremen)

Die Generalversammlung beschließt die Auflösung des Verbandes. Den in der Holzbranche beschäftigten Mitgliedern empfiehlt die Generalversammlung den Anschluß an den Metallarbeiterverband, den Schmieden und Kesselschmieden den Anschluß an den Verband der Schmiede, den übrigen Mitgliedern, die in diesen beiden Verbänden keine Aufnahme finden können, den Anschluß an den Fabrikarbeiterverband.

Als Begründung seiner Resolution führt Silbersmidt u. a. aus: Die Auflösung des Verbandes muß erfolgen. Wir waren auf dem beschrittenen Wege zur Schaffung einer einheitlichen Organisation aller auf Werken beschäftigten Arbeiter nicht weiter kommt. Zugleich müssen wir so viel wie möglich unser Prinzip hoch halten. Wenn wir das wollen, so ist der einzige Weg der, daß wir versuchen, die Mitglieder möglichst geschlossen in den Metallarbeiterverband hinzuzubringen. Tun wir das nicht, so schaden wir unserer Bewegung auf den Werken. Außerdem würde auch der Metallarbeiterverband seine Taktik fortführen und über kurz oder lang auch den Verband, dem wir uns anschließen würden, erinnernswürdig machen. Bei der Übertrittsfrage müssen wir unsere Erfahrung nach rein praktischen Erwägungen fassen. Wir dürfen uns nicht vom Gefühl leiten lassen, dürfen nicht fragen, was man uns geben hat und was gegeben ist, sondern was jetzt und in Zukunft ist und was geschehen muss, um unsere Lage auf den Werken zu verbessern. Außerdem auch der Metallarbeiterverband uns ehrgeizigen annehmbaren Übertrittsbedingungen stellen. Und das wird er ja einer Rücksicht auch auch tun. Der Vorstand muß nur noch einmal energisch vorgehen. Schön jetzt liegt der Vorstand des Metallarbeiterverbandes ein, daß er Fehler gemacht hat. Das geht aus dem Briefe des Bremerhavener Geschäftsführers des Metallarbeiterverbandes. Daraum steht uns richtig der geschlossenen Übertritt zum Metallarbeiterverband bevor.

Die zweite Resolution begrüßt Kühl: Wir dürfen

meinem Pezzermeister, hält ich nichts dagegen; aber so müssen sie sich einen andern wählen. Alle Wetter! wird unser guter Major aber jetzt eine Art aus unserem Paradies haben?

„Aus dem er herausgejagt ist,“ lachte Nolten. „Ich bin längst seitensfrisch darüber; denn was müssen nur die Freunde von uns Amerikanern denken, wenn wir einen solchen Kampf zum Alkalden machen. Hätten wir nur jetzt einen lieblichen Mann an seiner Stelle, denn ich fürchte, daß wir hier noch manche Not mit Freunden nicht allein, nein, auch mit unseren Landsleuten selber bekommen. Das Spielergenossen, dieser Auswurf der Menschheit, macht sich mit jedem Tage breiter, und über kurz oder lang machen sie uns doch hier über den Kopf.“

„Ach, mit denen werden wir schon fertig.“ lachte der Sheriff, und da wir den Major jetzt los sind, bin ich der anderen beiden wirklich nicht besorgt. Aber hier geht es ja jetzt aber recht lustig her. Die Leute scheinen sich über die Zerrung vor ihrem Borgejagten schnell getrostet zu haben.“

Die beiden Männer waren während ihres Gesprächs den häuslichen Friede gefolgt, der zu dem Städtchen führte, und hatten dieses jetzt erreicht. In den Zelten herrschte überall ein ließiges, reges Leben, und sonderbarweise waren es hier die drei Hofsieden, um die sich alle lachend und jubelnd schauten.

Allerdings hatten gerade diese die häuslichen Goldmärkte zum besten gezeigt, und waren die Leute gewesen, die hunderte von ihnen eine tolle Woche und noch länger möglich mit hoher Arbeit vollbringt hatten. Da sie selber über die ganze Zeit in der Flat mitgezogen, ebenfalls in der Hoffnung, doch noch etwas zu finden, und den Alkalden ganz so leichtfertig mit seinen eigenen Waffen geschlagen zu den Herzen besiegen, und was allen Seiten, wo sie sich

die Generalversammlung nicht ohne blödigen Beschluß verlassen. Das tun wir aber, wenn wir den Antrag Jenberg annnehmen. Man kann doch nicht von den Mitgliedern verlangen, daß sie zum Metallarbeiterverband überzutreten sollen, wenn dieser ihnen viel schlechtere Übertrittsbedingungen stellt, wie die anderen Verbände. Was wollen wir dann aber machen, wenn das erneute Unterhandeln unseres Vorstandes wieder resultlos verläuft? Und ergibt wird der Vorstand nichts, wenigstens gebe ich mich nach dem bisherigen Verhalten des Metallarbeiter in dieser Beziehung keinerlei Hoffnungen mehr hin. Unser Vorstand hat alles getan, was er konnte. Außerdem werden wir die Mitglieder auch in den Metallarbeiterverband durch einen Beschluß der Generalversammlung nicht hinzwingen können. Der Metallarbeiterverband hat sich einmal alles vorzuwerfen bei uns verschert. Wenn wir trotzdem den Übertritt beschließen, so wird gerade dadurch eine Gespaltung herbeigeführt. Die Mitglieder werden sich nicht fühlen, vielmehr in alle Winde auszulaufen. Wenn ein geschlossener Übertritt, der ja zweifellos von uns allen erwartet wird, überhaupt einwährend denkbar ist, dann nur durch den Übertritt zum Fabrikarbeiterverband. Ich fürchte auch nicht, daß die Mitglieder, die sich um Aufnahme an den Fabrikarbeiterverband wenden, von diesem abgewiesen werden. Geschicht lehrt es doch, dann bleibt eben ein großer Teil der Mitglieder, wenigstens längere Zeit, jeglicher Organisation fern. So den Metallarbeiterverband werden zu den gestellten Bedingungen nur die wenigsten übertraten.

Darauf sieht wieder eine sehr lebhafte Debatte ein. Die Ausführungen der beiden Antragsteller werden recht verschiedenartig kommentiert. Allgemein kommt aber zum Ausdruck, daß die Weiterexistenz des Verbandes unmöglich ist. Ferner wird entschieden das Verhalten des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes verurteilt. Man ist der Meinung, daß dieser noch bis auf den letzten Augenblick ein unehrliches Spiel treibt.

Nachdem durch einen Schlusssatz die Debatte beendet, folgte das Schlusssatz Dellerichs, dem dieser Gedanken zu grunde lag: Mit Genugtuung konstatiere ich, daß gegen die Geschäftsführung des Vorstandes fast gar keine Einwendungen erhoben worden sind. Allerdings ist anerkannt worden, daß der Vorstand in jeder Beziehung seine Aufgaben richtig erfüllt und alle Kräfte angewendet hat, seine Aufgaben zu erfüllen. Was nun die Frage des Übertritts betrifft, so bin auch ich wie Jenberg, Silbersmidt usw. der Meinung, daß wir im Interesse unserer selbst, sowohl als im Interesse der Arbeiterbewegung im allgemeinen verpflichtet sind, für einen möglichst geschlossenen Übertritt unserer Mitglieder zu wirken. Es unterliegt auch für mich keinem Zweifel, daß wir unser Prinzip, der Schaffung einer einheitlichen Organisation für alle Werstarbeiter, treu bleibend müssen. Demnach sind wir grundlegend verpflichtet, für einen möglichst geschlossenen Übertritt zum Metallarbeiterverband einzutreten, weil dieser uns zur Realisierung unseres Prinzips nach der gegenwärtigen Sachlage die meisten Chancen bietet. Aber es fragt sich, ob wir diese Pflicht so erfüllen können, daß ein praktischer Erfolg daraus resultiert. Mir erscheint dies, wenn der Metallarbeiterverband seinen Standpunkt uns gegenüber nicht gründlich ändert, kaum denkbar. Die Mitglieder werden sich bei den unannehbaren Übertrittsbedingungen des Metallarbeiterverbandes nicht in diesen hinzwingen lassen. Auch können wir ihnen dies gar nicht zuspielen. Das läuft ja einer Verlappung nahe. Doch ich habe nichts dagegen, wenn laut Antrag Jenberg nochmals versucht wird, den Vorstand des Metallarbeiterverbandes zur Gewährung unannehbaren Übertrittsbedingungen zu bewegen. Die Generalkommission wird, wie Silbersmidt erklärt, ja auch ihren moralischen Einfluß geltend machen. Ich meine, da müssen wir, obgleich wir voll unsere Schuldigkeit getan haben, noch einmal unterhandeln, um sagen zu können, daß wir auch das letzte Mittel versucht haben, um einer Spaltung unserer Mitglieder und der völligen Verschönerung eines ganzen Jahrzehnts mühevoller Organisationsarbeit vorzubringen. Wollen dann die Metallarbeiter kein Entgegenkommen zeigen, so wird der Geschäftsführer der deutschen Arbeiterbewegung nicht uns die Schuld an dem drohenden Zerstörungswerk geben können. Wir können dann verständig in dem Bewußtsein auseinandergehen, bis zum letzten Augenblick getan zu haben, was im Interesse unserer Mitglieder und auch im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung zu tun unsere Pflicht war. Daraum steht uns im Sinne der Resolution Jenberg beschlossen.

Silbersmidt (Vertreter der Generalkommission)

war sehr lieben, wurde ihnen entgegen gejuabet und zu gratulieren.

An dem Abend geschah nun freilich nichts weiter, als daß die Leute in den Zelten ihr Geld verschlammten und sich die Einzelheiten des heutigen ereignissvollen Tages erzählten. Am nächsten Morgen jedoch hieß man es für notwendig, einen neuen Alkalden zu wählen und fiel dabei, wie schon Nolten dem Sheriff angekündigt hatte, vor allen andeuren auf diesen.

Hale war als ein rechtlicher und, wo es galt, auch ein eingeschlossener Mann bekannt, und seine Wahl würde von allen, selbst den Freien, auf das eifrigste unterstützt und aus einstimmig angenommen werden sein — aber er selber weigerte sich entschieden, eine Stellung anzunehmen, der er nicht gewachsen war. Mit den verschiedenen Gesetzen verstand er nicht umzugehen, Freien und Schreiber gehörten ebenfalls zu seinen schwachen Seiten, und er war viel zu gewissenhaft, um eine solche Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen.

Die nächste Wahl fiel auf Nolten, einen ernsten, ruhigen und außerst rechtschaffnen Mann. Aber auch dieser möchte nichts damit zu tun haben und wollte sich vor allen Dingen nicht an den einen Männerplatz hier binden. Wurde er aber Alkalde im Paradies, so mußte er auch darin aushalten und das war nicht die Absicht, in der er nach Kalifornien gekommen war.

Die Wähler gelangten auch wirklich zu keinem Resultat und man beschloß endlich, ehe man wieder einen Wählgriff mache, lieber so lange zu warten und sich ohne Alkalden zu befreien, bis sich eine passende Freiwilligkeit dafür gefunden hätte. Hale mochte indessen, und konnte sich nicht gut wagen, die Geschäfte zu besorgen, die etwa in der Zwischenzeit vorkommen würden.

(Fortschreibung folgt.)

erklärt in der Debatte u. a.: Aus der Haltung des Vorstandes der Metallarbeiter vermag ich keine Schlüsse zu ziehen. Jedoch aber bin auch ich der Meinung, daß eine Antwort auf die abgesandten Telegramme hätte ertheilt werden müssen. Wie dem aber auch sei, unter allen Umständen ist es nach Lage der Sache Pflicht der Generalversammlung, im Sinne des Antrags Eisenberg zu handeln. Die Mitglieder gehören in den Metallarbeiterverband, weil dieser nach Auflösung des Werstarbeiterverbandes die meiste Aufsicht bietet, eine einheitliche Organisation auf den Werken zu schaffen. Zieht auch der Metallarbeiterverband noch annehmbare Arbeitsbedingungen stellen, insbesondere die in dem Eisenbergschen Antrag herangeholten und meiner Meinung nach auch die übrigen vom Vorstand geforderten. Ich glaube auch, daß der Metallarbeiterverband dies tun wird, wenn der Vorstand noch einmal ernstlich mit ihm verhandelt. Es liegt auch im Interesse des Metallarbeiterverbands, Konzessionen zu machen, weil sonst tatsächlich die Gefahr besteht, daß ihm die Mitglieder, die er zweifellos zur Durchführung seiner Taktik auf den Werken braucht, verloren gehen und erst mit großer Mühe und vielen Kosten wieder gewonnen werden müssen. Da zudem auch die Arbeitsebewegung im allgemeinen an den geschlossenen Übertritt der Werstarbeiter zum Metallarbeiterverband sehr interessiert ist, dürfte auch die Generalversammlung, wenn sie angerufen wird, verantwortlich eingreifen, soweit ihre Befugnisse dies gestatten. Die Generalversammlung darf sich bei der Beschlusssfassung nur vom Vorstand und nicht vom Stadtkommandanten lösen. Nicht darauf kommt es an, was war und was geschehen, sondern was jetzt ist und was in Zukunft geschehen soll, um der einheitlichen Organisation der Werstarbeiter, die ja zur Errreichung besserer Arbeitsbedingungen auf den Werken notwendig ist, näher zu kommen. Wenn dies Motiv für die Beschlüsse der heutigen Generalversammlung gelten soll, dann muß der Antrag Eisenberg akzeptiert werden.

Nach verschiedenen Richtigstellungen aus den Reihen der Delegierten wird in namentlicher Abstimmung mit 16 gegen 12 Stimmen der Antrag Eisenberg angenommen. Beschlossen wird hierzu aber, daß, falls die Unterhandlungen mit dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes scheitern, der Antrag Kühn als angenommen gilt.

Daraus wird auf Antrag Sattler-Kiel dem Vorstande einstimmig Declaratio ertheilt.

Ein weiterer Antrag von Sattler-Kiel, d. m. folge formuliert von der Generalversammlung befunden wird, daß der Metallarbeiterverband abschließlich den Ruhm des Werstarbeiterverbandes herbeiführt, wird auf Vorschlag des Vorsitzenden nicht zur Abstimmung gebracht, weil die Verhandlungen der Generalversammlung dies unzumutbar erscheinen.

Sodann wird auf Antrag Döderleß-Begelad beabschlossen, zur mündlichen Unterhandlung mit dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes ein Mitglied des Verbandsvorstandes und einen Delegierten aus der Mitte der Generalversammlung zu entsenden. Gewählt werden Döderleß (Verbandsvorsitzender), und Kühn-Breuer.

Als Datum des offiziellen Übertritts wird der 31. Okt. d. J. festgesetzt.

Über die lokalen Einrichtungen hat jede Mitgliedschaft bei der Auflösung selbst zu beschließen. Dagegen sind die Geschäftsbücher, Stempel, Verbundsgelder usw. an die Hauptkasse einzuzenden.

Den drei Beamten des Verbandes soll, sofern diese nicht von einer anderen Organisation übernommen werden, oder sie selber nicht gewillt sind, Beamte einer anderen Organisation zu werden, das Gehalt bis zum 1. Februar fortgezahlt werden. Laut Statut haben die Beamten nämlich eine vierteljährliche Kündigung zu beanspruchen.

Vom Verbandsorgan soll nur noch eine Nummer erscheinen. Die Schlußabrechnung soll im "Korrespondenzblatt der Generalversammlung" veröffentlicht werden.

Das Protokoll der gegenwärtigen Generalversammlung soll nur in einer Auflage gedruckt werden, die ausdrückt, um die von den Mitgliedern bis zu einem bestimmten Tage gewünschten Exemplare ausgeben zu können.

Die Erledigung der jetzt noch verbleibenden geschäftlichen Angelegenheiten wird dem Vorstand und Ausschuß nach Maßgabe der bisherigen Arbeitsteilung übertragen.

Damit sind die Beratungen und Beschlusssungen der Generalversammlung erledigt. In seinem Schlusswort appellierte der Verbandsvorsitzende an die Delegierten, auch unter der neuen Fahne in altgewohnter Weise weiter zu kämpfen und dem Ziel zugute zu treiben, das auf dem bisher beschrittenen Wege zu erreichen den Werstarbeitern nicht vorgebaut war, das aber erreicht werden muß, wenn wirklich erfolgreiche gewerkschaftliche Arbeit auf den Werken geleistet werden soll.

Um 5½ Uhr wurde die Generalversammlung geschlossen.

Spötterie und Parteien.

Für die Kämpfer in Berlin sind bis jetzt 13868,17 Mark eingegangen.

Zum Weberstreik in Neukirchen i. Thür. wird dem "Borw." geschrieben: Die Unternehmer erklären jetzt, daß Artikel, für die es bisher schon höhere Löhnung gab, aus dem Tarif festgelegt worden ist, auch weiter in bisheriger Höhe bezahlt werden sollen. Ferner soll eine Schlichtungscommission gewählt werden, die über Streitfragen bezüglich des Tarifs entscheiden soll. Schließlich erklärten die Unternehmer noch, daß sie für den Behaufnertag seien. Die Bewilligung des Behaufnertages müsse indessen erst vom Verbande der Textilindustriellen genehmigt werden, doch sei an diese Bewilligung nicht zu zweifeln. Die vor dem Tarifgerichtsaal auf die schwarze Liste gelesenen 36 Weber sollen aber weiter gemäßregelt bleiben. In einer ungestrafen stark besetzten Versammlung nahmen die Streitenden und Ausgeglichenen am Montagnachmittag Stellung zu den neuen Beleidigungen der Unternehmer. Die Abstimmung erfolgte natürlich Gleichstimmen. Mit 1047 gegen nur 4 Stimmen wurde nachstehende Resolution angenommen: "Die bente am 9. Oktober tagende Versammlung der Ausgeschickten und Streitenden erkennt an, daß der neue Lohntarif Verbesserungen bietet; die Versammlung bedauert, daß einige Hauptforderungen, z. B. die Entschädigung für das Warten auf Material, ferner das Verarbeiten von schlechtem Material in Stundenlohn, Einführung von Arbeiterausschüssen u. a. m., nicht berücksichtigt worden sind. Die Versammlung beschließt,

auf die letzten Forderungen zu verzichten und den Lohntarif anzunehmen. Die Versammlung erwartet, um die Wiederaufnahme der Arbeit zu ermöglichen, daß der Verband Textilindustrieller in seiner morgigen Generalversammlung die Reichsbacher Vereinbarungen veranlaßt, die ausgesprochenen Maßregelungen zurückzunehmen." Das Abstimmungsergebnis wurde mit großer Begeisterung aufgenommen.

Was steht und kann.

Schuldgeständnisse Unschuldiger. Aus Dresden wird der "Bor. Volkszug" berichtet: Vor dem Dresdener Schwurgericht hatte sich am Sonnabend die von ihrem Ehemann verlassene Antonie Thoig zu verantworten, die der Todung ihrer eigenen vierjährigen Kindes bezichtigt war. Die Angeklagte vertrittete das schlimmste soziale Elend, das nur das menschliche Hirn sich auszudenken vermag. Von ihrem Mann schwäblich im Stich gelassen, ohne Arbeit und Beschäftigung, hat die Frau seit Jahren mit dem Hunger gerungen. Im Hause mangelt es an allem. Sie und ihre drei kleinen Kinder hatten nur selten das Allernotwendigste. Trockens Brod war für die Armuten der Armen die größte Leidenschaft. Am 24. Mai d. J. als abermals der Hunger vergeblich nach Befriedigung verlangte, ging die unglückliche Mutter mit zweien ihrer Kinder an der Hand in die Nachbarschaft, um ein Stückchen Brot zu erbeten. Die vierjährige Tochter Elisabeth war zurückgeblieben und von der Mutter in der nur aus einem einzigen Raum bestehenden Wohnung eingeschlossen worden. Nach einer Stunde lehrte die Frau zurück. Als sie die Türe öffnete, kam ihr dicker Rauch entgegen. Sie öffnete das Fenster und sah das zurückgelassene Kind im Bett liegen. Ein Drittel der ganzen Körperoberfläche war verbrannt und verkohlt. Das Kind lebte noch, starb jedoch am folgenden Tage im Krankenhaus. Die Polizei hörte den Verdacht, daß die Mutter den Tod des Kindes durch Verbrennen mit Absicht verursacht habe. Man verhörte sie, und nach Befragungen gab sie zu, daß sie das Bett mit brennendem Spiritus begossen und dann das Kind hineingelegt habe. "Was soll man machen, wenn man nichts zu essen hat?" waren ihre Worte, als man sie nach der Ursache des schreckhaften Verbrechens fragte. In der Untersuchungshaft widerrief sie aber ihr Geständnis und öffnete dem Gerichtsgehilfen ihr Herz, denn sie mittelte, daß sie, als sie das Geständnis ablegte, nur beabsichtigt habe, ins Gefängnis zu kommen, damit sie eine zeitlang aller Not enthoben sei. Für die Kinder habe man ja sorgen müssen. Auf der Polizei habe man ihr so zugesetzt, daß sie zu allem "ja" gesagt habe. Nur unter dem Druck, den die Beamten auf sie ausgeübt hätten, habe sie die Tat zugegeben. Es sei aber kein wahres Wort daran. Bei dieser Behauptung verharrte sie auch in der Schwurgerichtsverhandlung. Diese Darstellung der Angeklagten möchte sowohl auf die Geschworenen wie auch auf das Publikum einen tiefen Eindruck. Die Geschworenen sprachen die Unglückliche frei, und mehrere anwesende Damen überreichten der armen Mutter einen schnell gesammelten Geldbetrag von 50 Mark. — Über einen ähnlichen Fall liegt aus Weimar folgender Bericht vor: Ein dreizehnjähriger Schulknabe gestand nach langem Leugnen, ein Postpaket, in dem zwanzig Mark lagen, geöffnet und das Geld verjubelt zu haben. Das Paket hatte er aber ordnungsgemäß abgeliefert, denn es kam endlich, wenn auch verspätet, völlig unversehrt an den Adressaten. Der Knabe erklärte nach der "Dorfzeit" sein Schulgeheimnis damit, daß der ihn vernehmende Kriminalbeamte ihn durch Drohungen dazu gezwungen habe. Man habe ihm gesagt, wenn er noch weiter lüge, werde er Schläge bekommen, daß er die Wände hinauflaufe. Die Vernehmung habe ihn ganz stark gemacht, zumal er tagelang nichts gekostet habe, und da habe er das "Geheimnis" abgelegt. — Das es in beiden Fällen zu einem Schulgeheimnis kam, ist lediglich eine Folge jenes polizeilichen Übereifers, der schon so oft getadelt werden mußte. Die Wahrheit kam glücklicherweise in beiden Strafsachen an den Tag. Aber wie viele ähnliche Fälle, in denen ebenfalls durch überreizige untergeordnete Polizeibeamten ein Geständnis „erzielt“ wurde, mögen mit der Beurteilung des unschuldigen Angeklagten gerichtet haben? Bedarf es für die Notwendigkeit einer Reform der Unterstruktur eines zwingenderen Beweises, als diese beiden Fälle ihn erbringen?

Kranke im Gefängnis. Als am Freitag vor dem Schwurgericht in Köln gegen den 33jährigen Kaufmann Emil Wagner, einen wegen Diebstahls, Raubstahlversuch, Körperverletzung, Widerstandleistung und neunmal (!) wegen Beleidigung vorbestrafter Mann, verhandelt werden sollte, wurde der Angeklagte von fürchtbaren hysterischen Anfällen überwältigt und in einen Krampf gesunken. Die Anklage lautete auf Meineid, Verleitung zum Meineid in zwei Fällen, versuchten Meineid in einem Falle und wider besseres Wissen erhöhte Beschuldigung des Polizeipräsidiums von Köln. Gleich zu Beginn des zweiten Tages der Verhandlung bestand den Mann entzündliche Krämpfe; er stieß lange gezogene schauerliche Töne aus. Das Gericht ließ sofort den Gerichtsarzt telefonisch herbeiziehen. Dieser erklärte, daß ein Verhandeln wegen des bei dem Angeklagten herrschenden Zustandes nicht möglich sei. Der Kranke schrie: "Ja, ja, ich habe Schmerzen, ich habe mich so lange gehalten wie es ging." Der Beurteiler bemerkte, der Angeklagte habe in der Untersuchungshaft häufig solche Anfälle gehabt. Der Gerichtsarzt erwiderte, daß ihm das erst heute gemeldet worden sei, nachdem die Krankheit des Angeklagten sich in der vergangenen Nacht verschlimmert habe. Der Gerichtspräsident sagte darauf, daß das Richterappartement der Gefängnisangestellten über den Krankheitszustand des Angeklagten ihn bestimme. Die Sache wurde dann vertagt.

Zweierlei Ausländer. Die Aachener Blätter berichten: Ein in Aachen zur Badelut weilender englischer Staatsangehöriger, ein älterer Mann, verübte hier mehrere Sittlichkeitsschläge und wurde verhaftet, jedoch einige Tage später gegen Haftentzug einer kleinen Kavitation (es sollen 3000 Pf. gewesen sein!) wieder auf freien Fuß gesetzt. Wie sich jetzt herausstellt, hat der Engländer die Kavitation im Stich gelassen und ist nach Eng-

land geflüchtet. Als am 21. September der Reichsbevollmächtigte dessen Haftentlassung beantragte, wurde diese von dem Amtsgericht Köln abgelehnt, weil der Angeklagte behauptete, daß er sich auf Ladung vor Gericht stellen und dem Urteil folge lassen werde. — Der Engländer hat Sittlichkeitsschläge verüben begangen, auf die mindestens 6 Monate Gefängnis stehen. Er wurde aus der Haft entlassen. Domela Nieuwenhuis hat eine simple polizeiliche Verfügung von vor 15 Jahren übertragen, wovon als Strafeinfüsse ein einziger Tag Haft steht. Das Urteil lautete bekanntlich auf fünf Tage Haft. Der holländische Politiker wurde im Gefängnis festgehalten, der englische Sittlichkeitsschläger wurde auf freien Fuß gesetzt!

Ein Kronprinz als Wüstling. Ullerlei Erbauliches erzählt ein Korrespondent der "Schaarprese" vom serbischen Kronprinzen. Dieser wurde am 9. September mündig erklärt und wie üblich wußte der offizielle Telegraph von dessen Freudentaumel zu berichten, der im ganzen Lande herrsche. Er sprach nicht mit Waisen und Weibrauch, die den hohen Tugenden des künftigen Herrschers gespendet werden. Kein Wort davon ist wahr! schreibt dazu der Korrespondent. Im Lande will aber vor dem "überwältigten" Georg, wie er genannt wird, niemand besonders viel wissen. Der Prinz ist bekanntlich in der Petersburger Kadettenschule erzogen worden; immerhin paßte ihm die strenge soldatische Disciplin nicht, auch der Einfluß des Vaters vermochte ihn nicht zu beugen. In Belgrad ließ ihn nun sein Vater schulen und malten nach eigenem Gutdünken, und Georg machte von der ihm eingeräumten Freiheit einen Gebrauch, der es begreiflich erscheinen läßt, daß sich der serbischen Patrioten eine gewisse Nervosität bewußt ist bei dem Gedanken, wie er mit seiner unbändigen Natur die Königsgewalt bereit anwenden wird. Als König Peter ihm Sonnabendabend bei der Einführung als Leutnant vor der Front getreue Pflichterfüllung anempfahl, erregte dies "ein leises Schmunzeln" in den Reihen der Offiziere. Der Prinz wird nun einmal als hoffnungsloses Schreckenskind angesehen. Der Prinz hat seine "Foligmädel" am ersten Tage seiner Mündigkeit damit bewiesen, daß er gegen den Wunsch seines Vaters einen 100psdigen Motorwagen bestellt hat. Das entspricht seiner Natur, wie er denn auch ein geradezu wahnsinnig schönungsloser Reiter ist. Als Gouverneur hat ihm der König den französischen Major Devauffeu beigegeben, der einen Mann, einen Soldaten, einen König aus ihm machen soll. Hohle Worte, da für die Übung des Majors der väterliche Nachdruck fehlt. Mit offenem Hohn behandelte er ihn gleich am ersten Tage, indem er ihn zu einem Wettritt durch sumpfiges Terrain und Urwaldstücke zwang. Er hatte aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht: der Franzose stand seinem Mann. Ein anderthalb ging es aber nicht so glimpflich ab, der Prinz nahm eine 2 Meter hohe Steinmauer, während der Major stürzte und sich schwer verletzte. Diese Unbändigkeit könnte vielleicht den Serben noch gefallen, aber seine stillsche Schauspielkunst schlägt dem Soß den Boden aus. Schon als 16jähriger "Bengel" machte er einer verirrten Tintenflasche, gegen welche die Draga eine "Kunstschau" war, Besuch auf der Bühne und mußte schließlich, weil er den Kapellmeister mit einer Stellschere auf den Kopf geschlagen hatte, zum Tempel hinausgeworfen werden. Solche Geschichten werden zu Hindernissen von dem jungen Prinzen erzählt, es ist aber unmöglich, dieselben wiederzugeben, schon wegen des Haarguts, das ihnen allen eigen ist. Von irgend welcher persönlicher Reserve von "Achtung vor dem Gesetz", ja von Achtung vor den religiösen Gefühlen der Serben ist keine Rede. Noch härter hat er mit drei trunkenen vornehmen Kollegs einen Sturm auf ein Kloster gemacht, den Wachthund erschossen und es bedurfte der ganzen Überlegenheit der großen Leibkissen, um ihn vor direkter Härtung zu bewahren. In persönliche Rauferien ist er häufig vertieft gewesen. Doch man kann für die Chronik nicht geeignet hält, für sich in einem Toast zur Geburtstagsfeier seines Vaters ausgesprochen worden, wo der Wunsch zum Ausdruck kam, daß der sähige von Peters Söhnen sein möge — eine deutliche Ablehnung des Kronprinzen. Und trotzdem ist er jetzt als solcher "intoxiziert". Sein Vater bekommt schließlich den König, den es verdient, wer weiß, was wird: schon markieren die Hänger des Oberstoffs im Sillen miteinander, vielleicht werden die Schatten Alcyone und Draga später wieder einmal im Koral erscheinen.

Literarisches.

"Komunale Praxis". Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindepolitik, herausgegeben von Dr. A. Südekum. Mit der vorliegenden Nummer 26 dieser Zeitschrift schlägt das 1. Portal nach ihrer Umgestaltung zu einer Wochenschrift. Die Fortsetzung, die sie dadurch in Bezug auf Reichswichtigkeit und Viehzeitigkeit des Inhalts gemacht hat, sind recht bedeutend. Es gelingt dem Blatte immer wieder, eine wichtige brauchbare und vollständige Übersicht des kommunalen Lebens in Deutschland zu geben. Der Verlag teilt mit, daß er bereitwillig auf Verlangen Probezettel überallhin kostlos versendet. Den Abonnenten steht auch die Bezahlung des jährlichen Fragelatzes in allen Gemeindeangelegenheiten frei. Adresse: Verlag der "Komunalen Praxis", Berlin W. 15.

"Das Eland des Strafvollzugs". Unter diesem Titel ist soeben im Verlag der "Buchhandlung Borwaria" eine Broschüre aus der Feder unseres Genossen Gradenauer erschienen. In Anklängung an das Ergebnis des "Blügensee Prozesses" behandelt der Verfasser einige der wichtigsten Fragen des Strafvollzugs. Es sind dargestellt: Das Strafrecht der bestraften Klassen. — Aus der Geschichte des Strafvollzugs. — Der Strafvollzug der Käste. — Die Erfolgslosigkeit des Strafvollzugs. — Die Disziplinarstrafen. — Kankheit und Krankenfürsorge. — Geisteskrank- und Kinderkrankheit im Strafvollzuge. — Neue Wege. Die Probleme des Strafvollzugs sind in neuerer Zeit auf die politische Tagesordnung gestellt und dürfen nicht wieder vor ihr verschwinden. Die Verbesserung der unseligen Zustände, die im Strafvollzug herrschen, zu finden, ist die Aufgabe der hier vorliegenden Schrift. Der Preis für die 6 Bogen starke Broschüre beträgt 1,20 Mk. eine auf billigem Papier hergestellte Ausgabe kostet 50 Pf. Die Schrift kann auf Bestellung von unserei Parteibuchhandlung bezogen werden.

Albert Meincke, Lübeck,

Aegidienstr. 15, Ecke Königstr.
Beckergrube 36, Ecke Kupferschmiedestr.

Neue Sendungen

Bettfedern und Daunen in allen Preislagen
von 45 Pf. an bis 5 Mk.

Fertige Betten à Stand 13,50, 21,—, 29,—,
35,— Mk. usw.

Einzelne Oberbetten, Unterbetten,
Pföhle u. Kissen von 50 Pf. an in jeder Preislage.
Bett-Inlets in grosser Auswahl.

Näharbeit wird nicht berechnet.

Fertige Bettwäsche in weiss und bunt
in grosser Auswahl zu jedem Preise.

Handtücher u. Tischtücher,
abgepasst und meterweise.

Gardinen in enormer Auswahl.

Tessighe — Tischdecken — Bettdecken.

Damen-Winterjackets u. Capes.

Kinder- und Backfischjacken
sehr billig.

Kostümröcke u. Blusen von 1 Mk. an.

Pelzboas in riesiger Auswahl billigst.

Unterröcke in Parchend, gestickt und Tuch.

In der neuingerichteten 1. Etage befinden sich meine
riesigen Läger in

Herren-, Burschen- u. Knaben-Anzüge,
Herren-, Burschen- u. Knaben-Paletots.

Enorme Auswahl in Buckskin-Hosen,

Blane u. getreifte Pilot- u. Lederhosen.

Genua - Cord - Manschester und weisse Maurerhosen
auch in Schnittfasson.

Boy-Gaschen u. Aliance-Jacken.
Blau gestr. Jacken u. Normalwäsche.

Jagdwesten von 1,50 Mk. an.

— ■ ■ ■ Hüte und Mützen. — ■ ■ ■

■ ■ ■ Regenschirme. ■ ■ ■

Grösste Auswahl in allen Abteilungen.

Rote Lubeca-Marken gebe auf alle Artikel ohne jede
Ausnahme.

Albert Meincke.

Witts. Gold- u. Silberware.
nur selten billig bei
Ernst Gentzen
Hausmeister,
Königstraße 62, bei der St. Petri.

Auf Kredit

von 50 Pfg. an
bis zu 1000 Mark
Möbel, Sofas, Betten,
Herrn- u. Damengarderob.

H. Kesten
unter Jakobistrasse 70.

Wochentafeln
1-Mark-1
Möbel
auf Credit
S. Sachs
Hüxstedt

Früher M. 120.— jetzt M. 90.—

Storlli-Fahrräder
ein neues Ba. Material,
2 Jahre Garantie! Storlli
Fahrräder M. 15,- Mark d. M. 3,50
bis 8,50 M. 2,50. Kinder-Fahrräder M. 2
H. A. Hill. Fahrräder Berndorf, Johannisstr. 9
M. 1,50 bis 6,50 M. Fahrräder M. 75, 1,50 Mark

• Zahn-Atelier •
G. Boysen, Schadowstr. Miet 71a.

Ohne
An-
zahlung

erhalten alte
Kunden Wares,
die ihr Konto
beglichen haben.

Anzüge
auf Credit
pro Woche
1 Mark von Mark 1
S. Sachs
Hüxstedt

W. Rahfoth
113 Untertrave 113
empfiehlt
Weine u. Spirituosen aller Art
auch im Kleinverkauf
in außerordentlich vorzüglicher Qualität
zu billigen Preisen

Fleisch und Wurst
in sehr prima Qualität empfiehlt
Rosseschlachterei von
G. Behrens, Untertrave 9.

rote Rabattmarken!
Es bleibt dabei,
Sie kaufen die billigsten und besten
Schuhwaren
nur bei Louis Levy
Oberer Markgraben 2-4, Ecke Klingenberg.
rote Rabattmarken.

Holzschuhe,
Holzpantoffeln
in allen
Größen
vorrätig.

Ludw.
Hartwig,
Obertrave 8.

Sie erhalten Lubeca-Marken.
Empfehlungs-Karten
Die Buchdruckerei des Lübecker Volks.

Reichweiter Anzeigen für den gesuchten Gebrauch der Zeitung mit Ausnahme der Artikel "Schild und Ruhberggebiete" sowie der mit P. L. gekennzeichneten Artikel und Rollen:
Schaefer's Stellzug. — Reichweiter Anzeigen für die Stadt "Schild und Ruhberggebiete" sowie die mit P. L. gekennzeichneten Artikel und Rollen: Paul Schwieger.
Reichweiter Klavier-Schwarz. — Artikel von Fritz Becker & Co. — Günstlich zu haben.

Neu aufgenommen: Fertige Betten, Bettstellen, Matratzen.

Bett I
Gute Federn und Inlets
22.50 Mk.

Bett II
Bessere Federn u. Inlets
27.50 Mk.

Bett III
Prima Federn u. Inlets
35.00 Mk.

Eiserne Bettstellen

von 4,50 Mt. an.

Holz-Bettstellen

von 11,00 Mt. an.

Matratzen m. Reil

von 4,50 Mt. an.

In Damen- und Kinder-Soutifion

erhielten wir neue Sendungen und empfehlen billigst:
Damen-Jacketts 350, 450, 575, 750, 900, 1175—2250 Mt.
Damen-Kragen 575, 750, 875, 1050, 1300—2100 Mt.
Kinder-Jacketts 175, 240, 295, 330, 390, 450—1050 Mt.

neue diesjährige Fassons.

Unsere Läger in Herren- und Knaben-Garderoben

und jetzt vollständig sortiert und offerieren wir zu äußersten Preisen:
Herren-Anzüge 1050, 1350, 1575, 1950, 2300, 27—41 Mt.
Herren-Paletots 975, 1150, 1650, 19, 2275, 2650—37 Mt.
Jüngl.-Anzüge 900, 1175, 1350, 1490, 1700, 1850—25 Mt.
Lodenjoppen mit Futter 375—1500 Mt.
Lodenjoppen für Knaben m. Futter 260—6 Mt.

sämtliche besseren Anzüge und Paletots sind auf Mohair gearbeitet.

In Winter-Unterzeugen

bieten unsere Läger große Auswahl zu billigen Preisen.
Flanellhemden 360—600 Mt. Jagdwesten für Herren
170, 200, 230, 300, 330—940 Mt.
Flanellhosen 300—475 Mt. Jagdwesten für Knaben
110, 140, 160, 190, 230—350 Mt.
Normalhemden 080—450 Mt. Krumpffreie Hemdenflanelle
500, 550, 600, 650—700 Mt. 100, 120, 140, 160, 180, 200 Mt.

Trotz dieser billigen Preise rote Lubeca-Marken.

Bahr & Umlandt,

Imh: Adolf Bahr.

31 Breitestrasse 31.

F. Meyer's Schuhwaren-Geräufshaus

Hüxstraße 118.

Großes Lager in Herren-, Damen- und Kinder-Fußzeug.

Solide Ausführung.
Eigene Reparatur-Werkstatt. — Ganz besonders mache auf
meine extra starken Dauersohlen aufmerksam.
Gebe grüne Rabattmarken.